



# NRW Info

Rundbrief der Westschiene - Ausgabe 1/07

## **Rundbrief nun in neuer Form**

Die Tradition der NRW-Rundbrief, in der Vergangenheit von Imke Sagrudny gestaltet, wird mit dieser neuen Ausgabe in leicht veränderter Form fortgesetzt. Verantwortlich für Inhalte und Layout ist nun primär JES Bielefeld e.V. Das Layout wurde bei dieser Ausgabe zunächst vergleichsweise schlicht gehalten. Beim Erscheinungsbild wird also noch experimentiert.

## **Neues von den JES-Gruppen in NRW**

In Hamm entstand eine alte JES Gruppe neu. Die Initiatoren -treibende Kraft ist Renate Schröder, die evtl. einige alte JES-lerInnen unter euch noch von früher kennen- berichten in diesem Rundbrief, was sich dort im einzelnen bereits bewegt (Seite 3). Das Protokoll des letzten Runden Tisches unserer Westschiene findet ihr auf den Seiten 45-47.

## **Texte von Betroffenen**

Besonderes Augenmerk werden wir fortan auf originale Texte aus den einzelnen Gruppen legen. In dieser Ausgabe veröffentlichen wir Gedichte von Renate Schröder und einen Text von Denis Reinhard (Seite 6-9). Dies nicht zuletzt als Ermutigung für Andere, mal einige Zeilen oder eine schöne Zeichnung an uns einzusenden.

## **Postkartenaktion der DAH zur therapeutischen Heroingabe**

Die Deutsche AIDS-Hilfe hat sich mit einer Postkartenaktion zur therapeutischen Heroingabe für eine Weiterführung und die Ausweitung dieser sinnvollen Therapieform ausgesprochen. Auf den Karten kommen Teilnehmer des Versuchs mit Originalzitaten zu Wort. Diese Karten, zu bestellen bei der DAH, sollen möglichst unterschrieben an diese zurückgeschickt werden (Seite 43-44).

## **Meldungen aus der Presselandschaft**

Weiterhin sollen -allerdings in deutlich verringertem Umfang- interessante und informative Pressemeldungen zum Thema Drogen und Drogenpolitik in diesem Rundbrief abgedruckt werden. Aber auch gesamt Gesellschaftliches kommt zum Tragen. In dieser Ausgabe verweisen wir beispielsweise u.a. auf den Artikel "Die Verbotsgesellschaft" aus der NZZ, der sich kritisch mit den neuen Konsumverboten beim Tabak beschäftigt (Seite 27-29). Ein Highlight sicher auch das Interview mit Howard Marx, aka "Mr. Nice" (Seite 32-34).

## **Infos der AIDS-Hilfe(n)**

Auch Meldungen der AIDS-Hilfen -etwa die der AH-NRW- finden in unserem Rundbrief nach wie vor Berücksichtigung, wenngleich der Inhalt nun insgesamt wohl JES-lastiger wird. Quasi in letzter Minute wurde dann noch der Flyer zum Gedenktag 2007 fertig (Seite 54).



## Vorwort der Redaktion

Liebe Leserinnen und Leser

Die Tradition der NRW-Rundbriefe, in der Vergangenheit von Imke Sagrudny gestaltet, wird mit dieser neuen Ausgabe in leicht veränderter Form fortgesetzt. Verantwortlich für Inhalte und Layout zeichnet nun primär Mathias Häde (JES NRW u. JES Bielefeld). Das Layout ist für diese Ausgabe zunächst vergleichsweise schlicht gehalten. Beim Erscheinungsbild wird also noch experimentiert. So geht es zunächst auch um die Frage: was kann der Kopierer?

Fest steht für uns jedoch, dass es möglichst mehr originale Texte aus dem JES-Umfeld geben soll. Hierfür wäre nicht zuletzt die Mitarbeit möglichst vieler in der Westschiene (und darüber hinaus) Engagierter von elementarer Wichtigkeit.

Bitte seht Euch daher ermutigt, auch Eure Texte, Gedichte, Zeichnungen etc. an uns einzusenden. Die entsprechende Kontaktadresse findet sich ganz am Ende dieses Rundbriefs.

In dieser Ausgabe schreibt z.B. JES-Mitglied Denis Reinhard über sein Leben auf Deutschlands prominentestem Gestade, der Insel Sylt.

Daher möchten wir wir uns denn auch allerherzlichst für diese tollen Einsendungen bedanken und eine ausdrückliche Ermunterung zum Weitermachen aussprechen!

Den Punkt "Blick in die Presselandschaft" haben wir möglichst aktuell zu gestalten versucht. Was bringen uns Meldungen, die durch neuere Entwicklungen längst veraltet geworden sind?! Ein gutes Beispiel ist hier die Heroinvergabe. Ein anderes Beispiel sind obsoletere Einladungen zu JES-Veranstaltungen. So etwas macht das Infoblatt unnötig unübersichtlich.

Für aktuellste Meldungen verweisen wir nach wie vor auf unseren News-Verteiler, der unter [info@jes-bielefeld.de](mailto:info@jes-bielefeld.de) online zu bestellen ist und jeden Tag eine Auswahl der neusten relevanten Pressemeldungen zu unseren Themenbereichen per Mail bereit hält.

Ein erster Hinweis sei auch zum am 06.11.2007 -gemeinsam von örtlicher Drobs, AIDS-Hilfe und JES- in Bielefeld geplanten Fachtag erlaubt. Das Thema "25 Jahre (verändertes) BtmG - was hat es uns gebracht?" verspricht interessante Diskussionen. Details folgen, sobald das Programm steht. Derzeit finden wöchentliche Vorbereitungstreffen statt, an denen immer auch zwei VertreterInnen von JES Bielefeld e.V. aktiv, wach und kritisch teilnehmen.

Zum Gedenktag am 21.07. planen wir hier in Bielefeld einen Stand mitten in der offenen Szene am Bahnhof. Auch hierzu finden derzeit regelmässige Vorbereitungstreffen statt.

So, nun wisst ihr auch, was hier in Bi so abgeht. Dieses Vorwort werden wir wohl auch künftig oft u.a. dafür nutzen, ein wenig über unsere eigene Gruppe und deren Aktivitäten auszu-plaudern.

Liebe Grüsse

Das NRW-Rundbrief-Team



## JES Hamm neu gegründet

Endlich gibt es in Hamm eine Drogen-Selbsthilfe. Mittlerweile sind es 5 Personen, die bei diesem Neuaufbau kontinuierlich mitwirken. Wir haben das grosse Glück, dass die AIDS-Hilfe Hamm zu 100% hinter uns steht. Dadurch können wir die dort vorhandenen Räumlichkeiten nutzen.

Im Moment sind wir noch in der Aufbauphase und haben daher keine regelmässigen Gruppentreffen. Anfang Mai werde ich auf die Platte gehen und Care-Packs verteilen. Wahrscheinlich wird es nähere Informationen darüber in der Zeitung geben.

Im Mai werden wir auch eine Radio-Sendung bei Radio Kesh geben, und die JES-Gruppe vorstellen. Des Weiteren werden wir bei der Drops und im Kontaktladen vorstellig. Hierzu haben wir allerdings noch keine festen Termine. Ihr seht also, es steht noch alles am Anfang, aber wir sind im Gespräch!

Was mich ja sehr verwundert hat, das es bislang noch keine Drogen-Selbsthilfe in Hamm gab. Grosses Interesse besteht, aber sie wussten nicht, an wen sie sich wenden konnten. Sie stehen alleine da, weil sich keiner der Problematik verantwortlich fühlte.

Unsere Themen sind:

- Ämterbegleitungen
- Termine zu substituierenden Ärzten
- alleinerziehende Mütter
- Info-Material zu HIV und HEP
- Hilfe zur finanziellen Unterstützung
- Freizeitgestaltung z.B. Gruppenabend, Kochen usw.

Wie Ihr seht haben wir Einiges auf dem Zettel. Unterstützung der AIDS-Hilfe Hamm und anderen Einrichtungen ist vorhanden. Wir sind optimistisch.

Das war es erstmal aus Hamm

Viele Grüsse  
Eure JES-Renate

Kontakt:

JES Hamm  
c/o Renate Schröder  
Mindener Weg 3  
59065 Hamm  
Tel. 02381 403087

Renate hat uns zwei ihrer Gedichte eingesandt. Beide sind im Anschluss abgedruckt.

### **Maskenball**

Du streichst mit Deinen zarten Händen durch das ondulierten flachsblonden Haar  
Und Du schaust mit Deinen wunderschönen blauen Glasaugen in den Spiegel  
Deine Art wie Du Dich sehr Kontrolliert bewegst,  
Deine Stimme, ruhig unausgeglichen, vielleicht etwas rauh,  
Muss Gefallen  
Es ist traurig, doch es ist Dein Leben-

Du schminkst, Dein Gesicht, und kämmst Deine Haare kunstvoll nach hinten  
Siehst. Befohlen wurde  
Du redest, aber Du sagst doch nichts  
Du, Du  
So einfach ist es für Dich  
Dein ICH perfekt und täuschend ähnlich zu präsentieren so wie Du es siehst  
Aber Du schaust ins Leere  
Du fühlst, aber Du fühlst ja nicht einmal DICH  
Doch das ist ja nur DEIN LEBEN.

Du gehst auf den Strassen  
Zeigst dich  
Doch nur als frisierte MUMIE  
Die Menschen drehen sich nach DIR um, Bewundern Dich und Du brauchst sie aus Angst  
Ohne sie nicht mehr weiterleben zu können  
JA . So ist Dein LEBEN  
EIN einziger MASKENBALL  
Doch eines Tages, wenn Du abends ganz für dich ALLEIN wieder einmal deine Fratze ab-  
streifen willst, wirst Du merken das bis zur UNENDLICHKEIT

### **Morbide**

verfault sein wird  
und du bist nicht einmal darüber entsetzt  
denn das ist ja nur dein leben

© Renate Schröder



## Neues von JES Wuppertal

Die Selbsthilfegruppe JES Wuppertal arbeitete auch im Jahr 2006 weiter. Die beiden von JES genutzten Räume im "Gleis 1" haben die bei JES Wuppertal Aktiven mit geschenktem Mobiliar inzwischen besser einrichten können. Einer dieser Räume wurde als Freizeitraum ausgestattet. Für die Zukunft ist geplant, dort Freizeitangebote wie Computer- und Musikworkshops zu organisieren. Auch gemeinsam Filme zu schauen oder Spiele zu spielen (z.B. Backgammon) ist geplant.

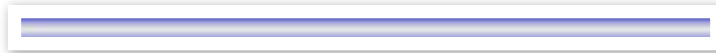
Mittlerweile verfügt JES Wuppertal über einen eigenen DSL-Anschluss. Im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit hat die Gruppe in einem stark frequentierten Bereich der Fußgängerzone einen Schaukasten angemietet, in welchem sie ihre Arbeit und Ziele präsentiert. Dieser Kasten liegt zudem ganz in der Nähe zur örtlichen offenen Drogenszene am Hbf.

Vertreter von JES Wuppertal arbeiten nach wie vor in der Fachgruppe "Sucht" der Stadt Wuppertal mit und im VPSAG ("Verein der psychosozialen Selbsthilfe- und Angehörigengruppen").

Ein Gruppenmitglied hat inzwischen eine Stelle beim Kölner Junkiebund gefunden und auch ein Zweites ist zwischenzeitlich 'in Arbeit'.

Trotz dieser Fakten versucht die Gruppe, sich immer mal wieder bei Gelegenheit zu treffen und sich möglichst auch weiterhin durch gute Arbeit vor Ort auszuzeichnen.

*-Vorlage: Bericht des "Gleis 1"-*



## Brandaktuell: Der JES-Chat

Inzwischen schon nahezu jeden Abend zwischen 20 und 22 Uhr gibt es neuerdings die Möglichkeit, sich über den JES-Chat mit Gleichgesinnten auszutauschen. Die IRC-Technologie ist ziemlich ausgereift und die entsprechenden Programme sind relativ einfach zu bedienen. Es gibt sie gratis im Internet zum Download.

Wir haben auf diese Weise die Möglichkeit, uns im kleinen Kreis - es handelt sich um einen geschlossenen Kanal, der von der IRC-Suche nicht angezeigt wird - auch über intime Dinge zu unterhalten. Der JES-Channel ist folglich diskret und garantiert weitgehend Ungestörtheit - etwa durch Werbe-(Ro)Bots und nervige 'Laufkundschaft'.

Natürlich muss sich so ein Angebot zunächst etablieren. Und es wird selbst dann immer wieder vorkommen, dass niemand im Chat anzutreffen ist. Dennoch solltet ihr dann das Fenster des Programms geöffnet lassen. Man muss ja nicht die ganze Zeit davor hocken, sondern kann auch einen akustischen Alarm im Programm aktivieren, der losgeht, sobald sich im Channel etwas regt, etwa jemand Neues reinkommt.

Probiert es am besten einfach mal aus!

Server: irc.freenode.net  
Channel: JES

Details zu IRC  
[http://de.wikipedia.org/wiki/Internet\\_Relay\\_Chat](http://de.wikipedia.org/wiki/Internet_Relay_Chat)



## "Unten hui, Oben pfui"?

Von Denis Reinhard

*(Denis Reinhard wohnt auf Sylt und ist auch Mitglied auch des Landesverbands JES NRW. Für unseren Rundbrief schrieb er einige Zeilen über das Leben als Drogist auf Deutschlands prominentestem Eiland. Denis wird in unserem Rundbrief auch künftig immer mal wieder vom Treiben der Insel berichten. / die Red.)*

So widersprüchlich der knallharte Kontrast auf "der" Residenteninsel im Norden Deutschlands auch ist, für viele ist der Umkehrspruch "Oben hui, Unten pfui" zur bitteren Realität geworden.

Wenn man glaubt, Sylt sei der Inbegriff für Urlaub und Erholung, derscheint vielleicht noch in einer anderen Welt zu leben. Man kann an den Menschenmassen in der Hochsaison schon fast genau erkennen, wer Top gestylt oder braun gebrannt in den wenigen Wochen im Jahr auf den verschiedenen "Blauen Meilen oder Whiskeymeilen" Erholung oder Feierfreude tankt und wer nicht.

Konnte man in den letzten Wochen Schlagzeilen über "angespültes Kokain" lesen und darüber hinaus noch den "wütenden Kyrell" erleben, dann macht euch auf was gefasst. Der Inbegriff "Abzockerei und Aggressivität" solcher Naturgewalten und Kuriositäten lässt sich nämlich immer noch übertreffen.

Nur keiner will es sehen, niemand scheint es zu merken. Und keiner mag darüber schreiben. Bis auf eine kleine Gruppe, die sich auch mit Problemen dieser Art beschäftigt. Sie trägt das Kürzel 'JES'. Diese ist zwar erst im Aufbau, aber sie ist da, vor Ort. Motivation alleine reicht nicht aus. Man braucht mehr, als nur ein dickes Fell! Probleme lösen sich nicht von alleine. 'JES-Sylt', ein neuer Begriff im Norden. Heute wird berichtet von der Front!

Wohnen auf der Insel, Nebenwirkungen inbegriffen.

Man munkelt von "Mietsklaven", von Menschen, die aus Ihren Wohnungen geekelt werden, die sich mit den "abgezocktesten" Vermietern oder Eigentümern nach allen Regeln der Kunst rumschlagen müssen und dabei paralysiert in erbärmliche Zustände abrutschen oder "abgerutscht" werden. Gejagt von Ängsten und Alpträumen, gefolgt durch Gewaltanwendung mit oder ohne Drogenrausch.

Sylt verbucht wahrscheinlich statistisch gesehen den "hochfrequentiertesten", "superlativsten" Zwangsumzugsgrößenwahn der Bundesrepublik Deutschland, verglichen anhand der Einwohnerzahl und Fläche anderer Orte.

Damit meine ich nicht Wohnungen, Appartements, oder schön gepflegte Zimmer, sondern Kellerwohnungen, im Fachjargon "Souterrain" genannt. Dreckigdunkle, feuchte, altvergamelte, oder düstere Katakomben, die zu Wucherpreisen an heimisch arbeitende Saisonarbeiter oder Einwohner gnadenlos vermietet werden, will man nicht an den heißbeliebten Stränden während des nächtens weggespült oder von den Ordnungshütern dezent aus den Strandkörben geschmissen werden. Menschen, die Arbeit gefunden haben sind voller Hoffnungen. Leider werden diese Hoffnungen mit einem Pendlerdarsein erfüllt. Arbeiten auf Sylt, wohnen auf dem benachbartem Festland, täglich im Halbstundentakt. Wohnungen, unbezahlbar für Normalverdiener.

Heimlich still und leise. "Killing me softly"...

Und selbst wenn man in den "Genuss" einer solchen Behausung gekommen ist, sei es in umgebauten Garagen oder Gartenbaracken, der darf sich dann nämlich, mit Sahnehäubchen oben drauf, auch noch richtig fürchten. Denn diese Masche hat System, ist clever durchdacht und Jahrzehnte lang bis ins kleinste Detail geübt und erprobt. Man hat das Gefühl, der Orkan ist direkt über einem, neben einem oder unter einem, sieht man einmal genauer hin.

Angespülte Existenzen finden, wenn auch erst nach Jahren mit viel Glück Zuflucht im Obdachlosenasyll, ähnlich dem Komfort einer Zelle im Gefängnis - 'Alcatraz im Meer'.

Wie hält man so einen Zustand eigentlich dauerhaft aus? Umschlossen von Wasser, Windstärken und seelischen Wunden. Gezwungen vom Nichtstun, Trost suchend im Suff, leidend im Bett, isoliert Zuhause, manchmal entschädigt von Sonnenuntergängen, mehr aber auch nicht...?

Man kann einen solchen Zustand nicht auf Dauer, ohne bleibende Schäden davonzutragen, aushalten. Irgendwann resigniert man, versperrt die Eingangstür oder verriegelt sich selbst. Alkohol- oder Medikamenteneinnahme in nicht geringen Mengen "erleichtern" diesen Zustand der dauerhaften Zwangsisolation und Einsamkeit, wenn auch trügerisch. Da ist kaum jemand, der einem hilft und auffängt. Ganz im Gegenteil. Der "Feind" Vermieter lauert überall.

Die Methoden sind raffiniert. So raffiniert, dass man sich entweder dem Suff total hingibt oder nicht mehr ohne ihn auskommt. Alte Menschen werden ihrem Eigentum beraubt, aus der eigenen Wohnung befördert, ableitend in die totale Armut. Das große Fressen oder gefressen werden. Man kann es sich nicht immer aussuchen.

Eingefleischte Hardliner reden vom "Sylt-Virus". Dieser verursacht keine Darmkrankheit dessen Absonderungen sich nur in den Abwasserkanälen wiederfinden. "Absonderungen dieser Art" wandern direkt vom Darm in den Magen, von da weiter schließlich irgendwann in das Gehirn. Beileibe keine Bandwürmer, sondern Maden. Im Fachjargon Vermieterpack, Immobilienhaie und Genossenschaftsgesellschaften im Einzelnen genannt.

Da wundert nicht, wenn die so genannte "Friesenrauflost" aufkommt. Das sind Menschen, die total abticken oder abdriften, angestiftet vom Zorn der Verzweiflung, bei Ostwind oder Wetterumschwung, bevorzugt bei Vollmond, besonders in Verbindung mit Alkohol. Das kann unheimlich ausarten. Schlagartig wechselt die Stimmung, die vorher noch vom Sonnenlicht erhellt war. Aus verzweifelten Menschen werden Hyänen, Monster, heroische psychopathen-ähnliche Kreaturen. Ausrastertypen, mit verbalen Entladungen in allen blumigen Metaphern, die die Autoren des Strafgesetzbuches vor lauter Scham erblassen lassen würden. Denunziation und Bedrohung ist dabei wahrscheinlich noch die harmloseste Variante.

Sofern man nicht beruflich als "Tochter oder Sohn" geboren wird, oder seine Schäfchen noch nicht im Trockenen hat, läuft man Gefahr, dass man als Mieter, egal welchen Objektes, sein Geld den Reichen noch weiter in den Rachen schiebt, ohne gleichgestellte Gegenleistung. Ich behaupte einfach mal, dass jeder Mieter ein potenzielles Opfer wird, mietet er eine Obdach auf dieser Insel. Urlauber nicht ausgeschlossen, geblendet von der trügerischen Idylle:  
"Wir können uns ja Sylt erlauben...!"

Schaut doch einmal in der Einkaufsmeile beim shoppen nach oben, oder nach unten, wo die bunten Kneipen, Cafes und Geschäfte ihre überbeuerte Ware anbieten. Ihr werdet bemerken,

dass die oberen Etagen gar nicht vermietet werden, gänzlich leer stehen, auf Dauer natürlich. Es sind leichte Immobiliengeschäfte, wie Steuerabschreibungen, Scheinfirmen und Lagerstätten oder Zweitwohnsitze, um den Jahresurlaub für ein paar Tage im Jahr, Respekt., ganzjährig vor dem Finanzamt zu rechtfertigen. Woher kommen wohl die Gelder, um in jeder Saison den eigenen kleinen Laden neu zu renovieren oder um ihn am laufen zu halten? Von den überwucherten Kellermieteinnahmen vielleicht?

Mieter berappen (da solche eh voller Demut und Dankbarkeit sein "dürfen"!) den größten Teil ihres Einkommens, um nicht bei Minus 20 Grad im Winter der Natur ausgeliefert zu sein. Möbel, Hab und Gut werden in gesonderten umgebauten Lagerhallen untergebracht. Monatlich im voraus bezahlbar auf dem Level, da könnte man sich generell bequem einen Zweitwagen leasen. "Kellerbewohner" schlafen auf ausgelagerten Sperrmüllbetten, vergilbten Matratzen und ausrangiertem Altmobilaar, der dem Modetrend "New Age der 70er" allem Namen Ehre trägt. Zeitgemäßer kann das nicht mehr sein.

Dafür wird man, wenn man Unzufriedenheit anprangert, gleich mit einer - meistens fristlosen - Kündigung beehrt, mit einem gerichtlichen Streitwert, den man als Normalverdiener nie im Leben jemals zahlen könnte. Es sei denn, man ist beruflich "Tochter oder Sohn", dann hat man nichts zu befürchten. Denn "Papa" macht das schon!

Wenn man die lokalen Teile der Zeitungen liest, findet man bevorzugt Inserate mit dem Wortlaut: "Suche ehrlichen Vermieter...!" Dieses ehrliche Klientel scheint ausgestorben zu sein, wenn man solchen Anzeigen Glauben schenkt. Aber wer sonst setzt so etwas, kostenintensiv, monatelang in die Rubrik "Wohnungssuche"? Hilferufe solcher Art habe ich noch nie im Leben so zentral platziert über einen so langen Zeitraum gelesen und gesehen oder persönlich kennen gelernt.

Die Masche ist folgende: Mietverträge, ob mündlich oder schriftlich, werden von vorneherein befristet abgeschlossen. Mit und ohne Wissen des Mieters. Da die "Geübten" genauestens wissen, dass Wohnungsknappheit herrscht - Geldgier will ja schließlich durchgehend befriedigt werden - sitzt man schon, bevor man sich überhaupt gemütlich eingerichtet hat, in der Falle. Die Kündigung flattert in den Briefkasten, mit den abenteuerlichen Begründungen und mit diabolischsten Absichten, gepaart mit Heuchelei.

Geistige Absonderungen finden sich immens wieder, in zahlreichen Einschreiben und Briefen von Anwälten und anderen Ämtern und Behörden, sofern man sie öffnet und liest. Irgendwann wird man aber erdrückt von solchen Marathonbriefen, oder sie werden zur alltäglichen Gewöhnung. Leider kann man beides nicht immer ignorieren. Seilschaften, „mafiose“ Strukturen und handgreifliche Attribute verzieren den Ablauf, wie als wenn man durch Brennesseln gehen muss, nur mit dem Gesicht voran.

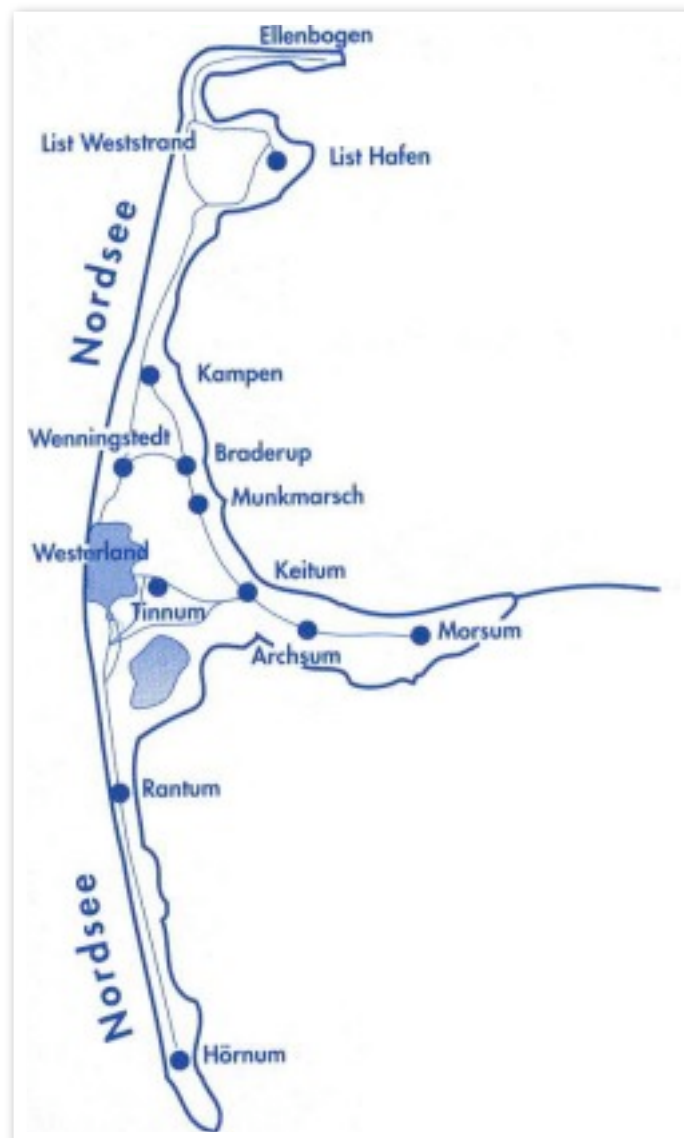
Fazit: Wer auf die Insel Sylt kommt und dort über ein Jahr ausharrt, bekommt - wenn auch unfreiwillig - den letzten Schliff. Feigheit, Boshaftigkeit und Eitelkeit sind nicht selten Auswirkung der Medikation einer solchen "Darmerkrankung", sondern Immunreaktionen virulenter Absonderungen. Dieser Schliff wird einem verpasst, wenn man in den "Genuss" einer solchen Mietwohnung kommt, bevorzugt ohne schriftlichen Mietvertrag, natürlich zeitlich begrenzt und bestimmt nicht abhängig von der weltwirtschaftlichen Preiserhöhung der Energiekosten. Mietet man eine Wohnung auf Sylt, wird man sein blaues Wunder erleben...  
100 % Garantiert.

Ja, es tut weh. Es tut verdammt weh, wenn man nicht vorher erkennt, wenn plötzlich und unerwartet Hiobsbotschaften auf einen einprasseln. Man ist dann quasi im Rausch. Nur ist dieser Rausch nicht schön, denn er prägt von nun an täglich und stündlich die Gedanken: "Wo-

her soll ich denn nun wieder die Kraft und das Geld für einen neuen Umzug nehmen?", "Wohin wird es mich diesmal treiben?", "Was erwartet mich in der vermeintlichen 'neuen' Wohnung?" (sofern man überhaupt eine findet...) Die Jagd hat begonnen!

Man kann ihr nicht enttrinnen, zumindest nicht auf Sylt! Es sei denn, man springt ins Meer... Eintritt: 3 Euro 50! Wäre da nicht 'JES'. Ob man von ihr noch hört, wird sich in Zukunft herausstellen.

© Denis Reinhardt



-Skizze der Insel Sylt-

## Blick in die Presse

### Lanze für die Herointherapie

CDU-Arbeitnehmerflügel fordert im Bundestag Abstimmung ohne Fraktionszwang

KARLSRUHE. In der CDU geht die Debatte über die kontrollierte Heroin-Abgabe weiter. Die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) forderte gestern in Karlsruhe eine Abstimmung ohne Fraktionszwang im Bundestag.

Damit stellt sich der bundesweite CDU-Arbeitnehmerflügel gegen die Haltung der Südwest-CDU, die beim Landesparteitag in Pforzheim im Oktober 2006 gegen eine Herointherapie gestimmt hatte. Der baden-württembergische CDA-Vorsitzende Christian Bäumler sagte bei der CDA-Bundestagung in der Fächerstadt: „Die Abgeordneten sollten auf Grundlage der wissenschaftlichen Versuche entscheiden.“ Nach Überzeugung zahlreicher Experten hat sich die gesundheitliche Lage der Süchtigen deutlich verbessert, nachdem sie den unter ärztlicher Kontrolle synthetisch hergestelltes Heroin (Diamorphin) genommen hatten. Zudem ging die Beschaffungskriminalität zurück. Vor einer bundesweiten Zulassung von Diamorphin zur Suchttherapie müsste der Bundestag das Betäubungsmittelgesetz ändern.

Bäumler sagte, der CDU-Landeschef, Ministerpräsident Günther Oettinger, habe ihm in Aussicht gestellt, dass über das Thema bei der nächsten Sitzung des CDU-Landesvorstandes beraten werde. Der CDA-Landeschef war am Samstag mit 84 Prozent der Delegiertenstimmen zum stellvertretenden CDA-Bundesvorsitzenden gewählt worden.

Der im Amt bestätigte CDA-Bundesvorsitzende Karl-Josef Laumann plädierte in Karlsruhe für eine „Renaissance der Tarifverträge und der Tarifautonomie“. Er sagte: „Es gibt immer mehr Menschen, die glauben, wir bräuchten die Tarifvertragsparteien nicht mehr.“ Löhne könnten am gerechtesten beschlossen werden, wenn sich Branchen ohne Eingreifen der Politik darüber verständigten. Die immer flexibler werdenden Verträge hätten in der sozialen Marktwirtschaft auch „etwas Ordnendes“. Auch der stellvertretende CSU-Vorsitzende Horst Seehofer würdigte die Rolle der Tarifparteien: „Die richtige Lohnfindung findet am ehesten durch die Tarifparteien statt.“

Oettinger rief zu einer schnellen Entscheidung im Streit über die Mindestlöhne auf: „Diese Debatte muss rasch zu einem Ergebnis führen. Die SPD darf daraus keine Never-Ending-Story und kein Wahlkampfthema machen.“ Oettinger betonte, er sei beim Thema Mindestlöhne auch zu „sinnvollen Kompromissen“ bereit. Einzelheiten nannte er nicht.

© Pforzheimer Zeitung - 04.06.2007

### Heroinabgabe: CDU lenkt ein

dpa / Die baden-württembergische CDU-Landtagsfraktion will ihre ablehnende Haltung zur kontrollierten Abgabe von Heroin an Schwerstabhängige aufgeben und zeigt sich offen für alternative Lösungen. Der bislang eher kritische CDU-Landtagsfraktionschef Stefan Mappus sprach sich nach einem Gespräch mit Ärzten und Politikern auch für eine Änderung des Bundesbetäubungsmittelgesetzes aus. Eine flächendeckend gültige Lösung müsse auch

»eine klare Rechtsänderung« nach sich ziehen, sagte Mappus. Karlsruhe ist eine von sieben beteiligten deutschen Städten an dem umstrittenen Modellprojekt zur ärztlich kontrollierten Heroinabgabe. Vor einer bundesweiten Zulassung für die Abgabe von synthetisch hergestelltem Heroin (Diamorphin) an Süchtige müsste das Gesetz durch den Bundestag geändert werden.

© Pharmazeutische Zeitung - 04.06.2007



## **Stuttgart Städtetag für ambulante Heroin-Therapie**

Der Städtetag hält ein ambulantes Therapieangebot für schwer Heroinabhängige für unabdingbar. Dieses müsse die stationäre Behandlung ergänzen. Der Städtetag begrüßte den jüngsten Kurswechsel der CDU-Landtagsfraktion in der Drogenpolitik.

Eine ausschließlich stationäre Versorgung werde dem Bedarf nach einer flächendeckenden und wohnortnahen Therapie nicht gerecht, sagte Verbandssprecher Manfred Stehle. Grundsätzlich begrüßte der Städtetag das Signal von CDU-Landtagsfraktionschef Stefan Mappus, die ablehnende Haltung der Fraktion zur kontrollierten Abgabe von Heroin an Schwerstabhängige aufzugeben.

Mappus hatte Ende vergangener Woche Beratungen angekündigt, wie die landeseigenen Psychiatriezentren in ein sowohl stationäres wie auch ambulantes Projekt eingebunden werden können. Der CDU-Politiker votierte in diesem Zusammenhang für eine Änderung des Bundesbetäubungsmittelgesetzes. Vor einer bundesweiten Zulassung für die Abgabe von synthetisch hergestelltem Heroin (Diamorphin) an Süchtige müsste das Gesetz durch den Bundestag geändert werden.

Für den Aufbau der ambulanten Behandlung in Baden-Württemberg sollten nach Ansicht des Städtetags die Erkenntnisse des Karlsruher Heroin-Projekts genutzt werden. Dazu gehöre insbesondere die medizinische Behandlung, um eine vom Land geförderte psychosoziale Betreuung zu ergänzen. Nur mit einer intensiven psychosozialen Begleitung könne den Schwerstkranken wieder eine Perspektive für die Rückkehr in ein normales Leben eröffnet werden, sagte Stehle.

Karlsruhe ist eine von sieben deutschen Städten, die an dem umstrittenen Modellprojekt zur ärztlich kontrollierten Heroinabgabe beteiligt sind.

Quelle: swr.de, 29.05.07



## **Ein Sieg der Vernunft?**

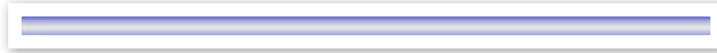
Karlsruhe - In Karlsruhe hat man's schon immer gewusst - die kontrollierte Abgabe von Heroin an Schwerstabhängige bietet diesen eine Chance zum Ausstieg, die man nicht verbauen sollte. Seit seinem Besuch in Karlsruhe ist nun auch CDU-Landtagsfraktionschef Stefan Mappus dafür, das Projekt fortzuführen, das in seiner Partei bislang umstritten war.

Wohl nicht zuletzt unter dem Eindruck dessen, was er in Karlsruhe zu dem Modellprojekt erfuhr, hatte er Ende vergangener Woche Beratungen darüber angekündigt, "wie die landesei-

genen Psychiatricentren in ein sowohl stationäres wie auch ambulantes Projekt eingebunden werden können". Mit anderen Worten: Karlsruhe könnte in der Tat zu einem Vorbild für den Rest des Ländles werden.

Bei einer Umfrage zu dem Thema sprachen sich im November vergangenen Jahres etwa 65 Prozent der teilnehmenden ka-news-Leser für eine Fortführung des Heroinabgabeprojekts aus. Aber wie bewerten Sie nun die Haltung der Landes-CDU, die bislang in dieser Frage gespalten war - ist die Regierungspartei einsichtig oder wirft sie eigene Grundsätze über Bord? Sagen Sie uns Ihre Meinung! <http://tinyurl.com/2krpea>

(tmw) 28. Mai 2007 © ka-news 2007



## **Umstrittenes Heroinmodell**

Stefan Mappus besucht AWO-Ambulanz

Karlsruhe - Innerhalb der CDU wird weiter kontrovers über die heroingestützte Behandlung von Schwerstabhängigen diskutiert (ka-news berichtete). Aus diesem Grund informierte sich der Fraktionsvorsitzende im Landtag, Stefan Mappus, am gestrigen Freitag in der AWO-Ambulanz in Karlsruhe über die therapeutische Arbeit und die Behandlungsverläufe des Heroinmodells.

Zu einem Gespräch mit Mappus war auch Bürgermeister Harald Denecken erschienen, der das Projekt befürwortet. Man habe sich aufeinander zu bewegt und werde wohl bald eine Lösung finden, erklärte er im Anschluss gegenüber der Presse. Mappus sagte, die CDU habe sich verändert. Es gelte nun, das Heroinprojekt auf "saubere, rechtliche Füße" zu stellen. Dafür sei eine Änderung des Betäubungsmittelgesetzes notwendig. Gegenwärtig können die sieben Zentren, die die Behandlung durchführen, nur durch eine Ausnahmegenehmigung ihrer Arbeit nachkommen. Mit einer gesetzlichen Lösung wäre mehr Rechts- und Planungssicherheit verbunden.

Über die Gesetzesänderung werde derzeit beraten, aber es sei nicht ganz einfach, erklärte Mappus. "Was man in zehn Jahren nicht geschafft hat, geht nicht in zwei Stunden", so der Fraktionsvorsitzende. Er setze auf Präzision vor Geschwindigkeit. Trotzdem wolle man aber möglichst bald zu einem Ergebnis kommen.

Mappus gab als Ziel vor, einen "Weg aus der Sackgasse" bei der kontrollierten Heroinabgabe zu finden. Sowohl stationäre als auch ambulante psychiatrische Landeszentren sollen dafür ausgebaut werden, so sein Projektvorschlag. Ein "wichtiger Baustein" sei die psychosoziale Betreuung der Schwerstabhängigen. Man müsse das Umfeld der Betroffenen im Blick behalten und verbessern.

Mappus fehle der Mut

Als "opportunistische Scheinlösung" kritisierte die suchtpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Ulla Haußmann, die Ankündigung von Mappus, er strebe einen Ausweg aus der Sackgasse an. Er versuche offensichtlich, sich mit der Ankündigung neuer Projekte um ein klares "Ja" zur Herointherapie herumzumogeln. "Wir brauchen klare gesetzliche Regelungen für die kontrollierte Heroinabgabe, nicht neue Modellprojekte. Notwendig ist deshalb eine Bundesratsinitiative des Landes zur Änderung des Betäubungsmittelgesetzes, damit künftig die kontrollierte Abgabe von Heroin an schwer suchtkranke Menschen rechtlich möglich ist", so Haußmann.

Dieser entscheidenden Frage weiche Mappus mit seiner heutigen Ankündigung aus. Wenn Mappus jetzt, nachdem die Wirksamkeit der Heroin-Therapie wissenschaftlich eindeutig erwiesen sei, immer noch neue Projekte ins Spiel bringe, sei dies nichts anderes als "opportunistisches Herumlavieren", weil ihm der Mut fehle, "die Sackgasse zu verlassen, in der er und die Landes-CDU sich selbst hineinmanövriert haben", erklärte Haußmann. (phf)

© *Karlsruher Nachrichtenmagazin* - 26.05.07



## **Schwule Sexorgien, Date-Rape-Drogen und gespritztes HIV-Blut**

Perverser Einzelfall oder Folge zu laxen Umgangs mit Aids?

Ein bizarrer Fall erschüttert seit einer Woche die Niederlande: In Groningen wurden homosexuelle Männer absichtlich mit HIV infiziert. Um die erfolgreiche Infektion sicherzustellen, wurde dafür sogar HIV-Blut gespritzt.

Am 13. Mai wurden in den Niederlanden vier Personen verhaftet, darunter zwei HIV-infizierte Männer und eine HIV-infizierte Frau. Ihnen wird folgendes vorgeworfen: Sie sollen über das Internet Unbekannte zu Sexorgien eingeladen haben. Diese Opfer hätten sie dann mittels der bekannten Date-Rape-Droge GHB (1) handlungsunfähig gemacht. Der vierte, HIV-freie Angeklagte wird nur beschuldigt, diese Droge den Haupttätern verkauft zu haben. Daraufhin hätten die HIV-infizierten Männer die Hilflosen vergewaltigt und ihnen in mehreren Fällen ein Cocktail aus ihrem gemischten HIV-Blut gespritzt.

Bis zum 30. Mai, an dem dieser Fall schließlich öffentlich wurde, waren bereits fünf Opfer bekannt, die nun selbst HIV-infiziert sind. Eine speziell geschaltete Hotline, bei der sich Opfer anonym melden können, soll bereits rund zehn Anrufe in den ersten beiden Tagen erhalten haben.

An diesem Fall ist mehrerlei bemerkenswert. Erstens das schiere Faktum der absichtlichen HIV-Infizierung. Dergleichen Fälle hat es zwar bereits mehrfach gegeben, auch in Deutschland (2), aber neu ist, dass wirklich zur Nadel gegriffen wurde, um das Virus ankommen zu lassen. Das erinnert an einen urbanen Mythos (3), der aus den USA nach Deutschland übersprang. Jemand wird mit der Nadel gepiekt und erhält dann eine Nachricht à la "Willkommen im AIDS-Club".

Zweitens das Motiv. Das Vermischen von Blut erinnert gewiss an bizarre Sex-Rituale, wie man sie auch aus der Promi-Szene kennt (4). Aber beim Polizeiverhör gaben die Beschuldigten keine sadistischen Motive an, sondern erklärten, dass sie ihren Opfern einen Gefallen tun wollten, die sich künftig keine Sorgen mehr um geschützten oder ungeschützten Verkehr machen müssten. Frei nach den Motto: Ist man erst mal infiziert, feiert sich's ganz ungeniert. Dabei werden nicht nur die massiven Lebenseinschränkungen einer HIV-Infektion ignoriert, sondern auch die diversen anderen Krankheiten (5), die auf sexuellem Wege übertragen werden.

Die entscheidende Frage ist nun, ob die Verbrechen von Groningen die Taten einer kleinen Gruppe von Einzeltätern sind, wie der dem treuen Telepolis-Leser bereits vertraute Henk Krol (6) meint. "Das hat nichts mit Homosexualität zu tun. Diese Menschen waren unter Drogen, es handelt sich also um Vergewaltigung, ganz einfach. Das ist schändlich, eklig und erschreckend. Diejenigen, die das getan haben, sind Verrückte."

Der niederländische Gesundheitsminister Ab Klink (7) hat jedoch eine Untersuchung über die HVN (HIV Vereniging Nederland) (8) und insbesondere über deren Arbeitsgruppe Poz & Proud eingeleitet. Poz & Proud (deren Website bereits jetzt nur noch im Google-Cache (9) zu finden ist) soll Treffen organisiert haben, bei denen es zum ungeschütztem Verkehr gekommen sein soll bzw. bei denen dieser sogar befördert wurde. Das ist deswegen besonders pikant, weil die Dachorganisation HVN staatliches Geld bezog, um infizierte Personen zu unterstützen und die Ausbreitung des Virus einzudämmen. Nun könnte man argumentieren, dass es ja ohnehin schon egal sei, wenn HIV-Infizierte untereinander ungeschützten Verkehr haben. Wird dies aber offensiv als Ideologie vertreten – was Poz & Proud vorgeworfen wird –, dann lassen sich durchaus Parallelen zur Gedankenwelt der Täter von Groningen ausmachen. Eines ist jedenfalls klar: Die Zahl der HIV-Neuinfektionen (10) steigt hierzulande Jahr um Jahr schneller, weil die Krankheit nicht mehr ernst genug genommen wird.

*Peter Riedlberger 05.06.2007*

## Links

- (1) <http://de.wikipedia.org/wiki/4-Hydroxybutans%C3%A4ure>
- (2) <http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/nachrichten/prozesse-kriminalitaet/87892.asp>
- (3) [http://urbanlegends.about.com/od/crime/a/needle\\_stick.htm](http://urbanlegends.about.com/od/crime/a/needle_stick.htm)
- (4) <http://kino.search.ch/news/archive/3192.html>
- (5) [http://de.wikipedia.org/wiki/Condylomata\\_acuminata](http://de.wikipedia.org/wiki/Condylomata_acuminata)
- (6) <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/14/14046/1.html>
- (7) <http://www.parlement.com/9291000/biof/03012>
- (8) <http://www.hivnet.org/>
- (9) [http://209.85.135.104/search?q=cache:agaUIGFd\\_w8J:www.hivnet.org/HVN/secties/pozandproud/index.html+Poz+%26+Proud&hl=de&ct=clnk&cd=1](http://209.85.135.104/search?q=cache:agaUIGFd_w8J:www.hivnet.org/HVN/secties/pozandproud/index.html+Poz+%26+Proud&hl=de&ct=clnk&cd=1)
- (10) <http://www.faz.net/s/RubFC06D389EE76479E9E76425072B196C3/Doc~E30A5F1EF79BB4E47B2564453AF58E474~ATpl~Ecommon~Scontent.html>
- (11) <http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:SOA-Condylomata-acuminata-around-anus.jpg>
- (12) <http://commons.wikimedia.org/>
- (13) [http://de.wikipedia.org/wiki/GNU\\_FDL](http://de.wikipedia.org/wiki/GNU_FDL)

Telepolis Artikel-URL: <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/25/25439/1.html>

Copyright © Heise Zeitschriften Verlag

## Fachärzte warnen vor Schlaganfällen durch Drogen

Berlin (dpa) - Drogen sind nach Angaben von Fachärzten bei jungen Menschen eine häufige Ursache von Schlaganfällen. Vor allem der Konsum von Kokain und illegalen Aufputschmitteln (Amphetaminen) sei gefährlich, warnte die Deutsche Schlaganfall-Gesellschaft am Dienstag in Berlin anlässlich einer US-Studie.

In der Untersuchung an der Universität von Texas sei in der Altersgruppe der 18- bis 44-Jährigen jeder siebte Schlaganfall durch Drogenkonsum ausgelöst worden.

«Amphetamine und Kokain können den Blutdruck schlagartig erhöhen, bei Kokain kann es auch zu einem Gefäßkrampf kommen», warnte der Vorsitzende der Fachgesellschaft, Prof.



Martin Grond. Bei Amphetaminen könnten Blutgefäße im Gehirn platzen, es komme zur Hirnblutung. Die US-Studie von Arthur Westover und Kollegen habe ergeben, dass Amphetamin-Konsumenten ein fünffach erhöhtes Risiko für eine Hirnblutung haben, den so genannten hämorrhagischen Schlaganfall. Die andere Form ist der ischämische Schlaganfall, ausgelöst durch eine plötzliche Durchblutungsstörung im Gehirn. Der Studie zufolge verdoppelt Kokain sowohl das Risiko des ischämischen als auch des hämorrhagischen Schlaganfalls.

Grond warnte, gerade junge Menschen seien sich der Gefahren dieser Drogen oft nicht bewusst. Für sie seien Schlaganfälle eine Erkrankung älterer Menschen. Das sei jedoch ein Irrtum. «Immer wieder sehen wir Patienten, die mit 40, 30 oder sogar schon mit 20 Jahren einen Schlaganfall erleiden», erläuterte der Chefarzt am Kreiskrankenhaus Siegen. Nach seinen Worten haben in Deutschland mehr als 1,6 Millionen Menschen zwischen 12 und 59 Jahren Erfahrung mit Amphetaminen und knapp 1,5 Millionen mit Kokain.

Die US-Untersuchung ist im Fachjournal «Archives of General Psychiatry» (Bd. 64, S. 495) erschienen.

© *Hamburger Abendblatt*, erschienen am 30.05.2007 um 17:37 Uhr

## **Das faule Ei der Haftanstalt**

*AUS DORTMUND MIRIAM BUNJES*

Für heute ist der Spaß schon vorbei. Sebastian Schmidt wischt sich den Schweiß von der Stirn. Eine Stunde Kraftsport pro Woche steht ihm zu und eine Stunde Tischtennis. Die restlichen langen Stunden bleibt er allein. Eingeschlossen mit sich und seiner Geschichte, deren Druck er auch in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Dortmund nicht los wird.

Ein halbes Jahr ist er hier, zwei Mal schon ist er "total zugehörnt" die Treppe heruntergefallen. Drogen gibt es hier genug, sie kommen in den Körperöffnungen von Besuchern, kleben unter Briefmarken. Sie nicht zu nehmen, ist sein täglicher Kampf. Zur Zeit gewinnt er ihn, sagt er. Allerdings sitzt neben ihm im winzigen Besucherzimmer mit verschränkten Armen und gerunzelter Stirn die Anstaltsleiterin Reina Blickslager.

Sebastian Schmidt hat sich über seinen täglichen Druck beschwert, hat den Anstaltsarzt angezeigt, Beschwerdebriefe an den Petitionsausschuss des Landtags geschickt. Er will Methadon. "Ich würde dann hier auf keinen Fall mehr irgendwas nehmen", sagt er. "Und vielen anderen würde es hier auch besser gehen."

In der JVA Dortmund sind 50 Prozent der Häftlinge drogenabhängig, landesweit sind es knapp 40 Prozent. Offiziell. Eigentlich sind es viel mehr, sagt auch der Sprecher des Justizministeriums, Ralph Neubauer. "Viele geben ihre Sucht nicht beim Arzt an, weil sie in Ruhe weiter Drogen nehmen wollen." Schließlich hat es auch Nachteile, als Drogensüchtiger registriert zu sein. "Es ist dann noch schwieriger, hier eine Arbeitsstelle zu finden", sagt Sebastian Schmidt. "Weil dadurch ja Freiräume entstehen, in denen geschmuggelt oder konsumiert werden kann." An Drogen kommen die Gefangenen allerdings immer irgendwie, das wissen auch die Offiziellen.

An Substitutionsmittel wie zum Beispiel Methadon aber auch, sagt Neubauer. Wenn der Anstaltsarzt sie ihnen verschreibt. In Dortmund gibt es dafür einfache Regeln: Wer zu weniger als drei Monaten verurteilt ist, bekommt sie. Wer länger bleibt, wird innerhalb von zwei Wo-

chen herunterdosiert. "Wir wollen nicht, dass bei uns im Gefängnis Drogen genommen werden", sagt Reina Blicksnagel. "Wer bleibt, wird entzogen." Und wer trotzdem Drogen nimmt, bekommt eine Arreststrafe - auf Knastdeutsch "Bunker", Einzelzelle, Dauerüberwachung, keine Hofgänge.

Drogen gibt es trotzdem immer. Nur Spritzen sind Mangelware. "Hier teilen sich zig Leute eine Spritze, Monate lang dieselbe", sagt Sebastian Schmidt. Er benutzt sie nicht. "Ich bin hier das faule Ei", sagt er. "Von mir wissen das auch alle, andere halten das geheim."

Sebastian Schmidt ist seit neun Jahren HIV-positiv, außerdem hat er Hepatitis C. Nicht vom Gefängnis, betont er, sondern von einer fatalen Koksparty mit viel ungeschütztem Sex. "Trotzdem: Man ist hier sehr, sehr gefährdet."

Vor allem die chronische Leberentzündung ist "im wahrsten Sinne des Wortes ein Renner in deutschen Gefängnissen", sagt der Bremer Sozialwissenschaftler Heino Stöver. Zwei der sechs deutschen Gefängnisse, die probeweise Spritzenautomaten aufstellten, hat Stöver wissenschaftlich begleitet. Neuansteckung mit Hepatitis C oder HIV gab es in dieser Zeit keine. Wie viele es vorher gab, hat allerdings nie jemand erfasst. "Sicherlich tausende", sagt Stöver und verweist auf die Ergebnisse der HIV-Forschung außerhalb des Knastes. Dort geht die Zahl der HIV-Infektionen von Drogenabhängigen seit Jahren zurück - obwohl beim Aufkommen von Aids in den Achtzigerjahren alle davon ausgingen, dass diese Risikogruppe präventionsresistent ist. "Ist sie nicht", sagt Stöver. "Gibt es saubere Spritzen, werden sie auch benutzt."

Heute gibt es noch einen einzigen Knast mit einem Spritzenautomaten: das Frauengefängnis Berlin-Lichtenberg. Als in Hamburg und in Niedersachsen die Regierungen 2001 konservativ wurden, bauten sie auf der Stelle die Automaten ab. "In den Gefängnissen hat es nie Probleme gegeben", sagt Stöver. "Das Thema ist leider hoch ideologisch."

Und auch für die nordrhein-westfälische CDU indiskutabel. "Wir wollen drogenfreie Gefängnisse", sagt Peter Biesenbach, Rechtspolitiker der NRW-CDU-Fraktion. "Mit Spritzen erreicht man genau das Gegenteil, ja man fördert sogar die Drogensucht." Ähnlich sieht er auch die Substituierung Drogenabhängiger im Gefängnis. "In Haft zu sein, ist eine Chance, vollständig drogenfrei zu leben, deshalb brauchen süchtige Gefangenen nicht zwangsläufig Ersatzdrogen."

So wird das in den meisten deutschen Haftanstalten gesehen, zeigen die Daten von Heino Stövers neuester Studie. Von den 80.000 in Deutschland einsitzenden Häftlingen - mindestens 20.000 davon drogenabhängig - werden 500 dauerhaft mit Methadon substituiert. "Dabei ist es schulmedizinisch anerkannt, dass eine Substitutionstherapie Süchtige sozial und körperlich stabilisiert."

Sebastian Schmidt glaubt nicht mehr, dass sich seine Situation in der JVA Dortmund ändern wird. "Vielleicht kann ich mit meiner Petition für andere noch etwas erreichen", sagt er. Auch bei seiner Berufungsverhandlung will er seine Probleme noch einmal ansprechen. "Ich steh' das hier jetzt durch", sagt er. Zwei Jahre muss er noch. Mindestens und nur wenn die Verhandlung gut läuft. Verurteilt wurde der 40-Jährige wegen vieler "kleinerer Sachen": Diebstahl, Drogenbesitz, Betrug, Fahren ohne Fahrschein - alles während noch laufender Bewährung. Es ist seine vierte Haftstrafe, danach wird er 12 Jahre seines Lebens in Gefängnissen verbracht haben. Süchtig ist er, seit er 21 ist. "Ein Motorradunfall hat mein Leben verändert", sagt er. Seitdem hat er eine Metallplatte im Kopf und starke Migräne. "Aus dem Krankenhaus wurde ich als Drogensüchtiger entlassen", sagt Schmidt. "Das war mir erst gar nicht klar, aber als mein Hausarzt mich von den Schmerzmitteln runterdosierte, kriegte ich

starken Suchtdruck." Ein Druck, den er zwischendurch los wurde, der ihn aber trotz mehrerer Therapien immer wieder einholte. "Jetzt habe ich gestohlen, eingebrochen, bin tätowiert, ohne Freunde und tödlich krank", sagt Schmidt. "Rechte habe ich aber immer noch und auch die Zeit, sie wahrzunehmen."

Ein Recht auf Substitution oder saubere Spritzen hat er nicht und wird es auch nicht bekommen. "Wir sind offiziell drogenfrei", sagt Anstaltsleiterin Reina Blickslager. "Spritzen wären sozusagen eine Legalisierung unsererseits, über die wir als Anstalt auch gar nicht selber entscheiden dürfen." Sie glaubt auch nicht, dass Substitution den illegalen Drogenkonsum im Gefängnis stoppt. "Hier sitzen Leute, die sind so gierig nach Drogen, die würden dankend das Methadon nehmen und noch andere Sachen obendrauf."

Dass ihr Gefängnis drogenfrei ist, behauptet sie nicht. "Hier gibt es Drogen, wir finden ja auch immer wieder welche." Das ist in allen NRW-Gefängnissen so. "Es gibt Gefängnisse in Grenznähe zu den Niederlanden, da sitzen fast 90 Prozent Drogenabhängige", sagt Gerd Engler, Drogenberater in Kleve und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Drogenpolitik. "Auch da gibt es nur ganz wenige Spritzen und sehr viele Drogen, da wird den Infektionen Tür und Tor geöffnet."

Dieses Infektionsrisiko kennt auch das Justizministerium in Düsseldorf. Spritzenausgabe sei aber auch aus Sicherheitsgründen undenkbar, sagt Ralph Neubauer. "Die könnten als Waffe benutzt werden, gerade von HIV-Infizierten." Deshalb sollen die Drogen nach Möglichkeit aus dem Knast, "auch wenn das nie vollständig funktionieren kann", räumt Neubauer ein. "Dafür gibt es zu viele erfolgreiche Wege." Erfolgreich und viel diskutiert ist vor allem der Weg über die Justizvollzugsbeamten. "Sobald sie ein privates Wort mit Gefangenen wechseln, begeben sie sich eigentlich in Gefahr", sagt Neubauer. "Dann beginnt das Spiel: Ich weiß, wo deine Tochter zur Schule geht und ich kenn' da einen draußen, der sich um sie kümmert. Und aus Angst werden sie zu Schmugglern." Diese Schmuggler fallen fast nie auf - sie kennen schließlich die Kontrolltermine.

Neubauer zu Folge versucht die Landesregierung, den Gefangenen Suchtberatung anzubieten, um sie von sich aus suchtfrei zu machen. "In jedem Gefängnis gibt es ausgebildete Ansprechpartner", sagt Neubauer. Das Geld für externe Drogenberater wurde allerdings gekürzt, statt 30 gibt es seit vergangenem Jahr nur noch fünf.

Sebastian Schmidt versucht seit einigen Wochen, seinen Kontakt mit anderen Gefangenen aufs Minimum zu beschränken. Er will mit seiner Gitarre allein sein und über seine Vergangenheit nachdenken, seine Ex-Freundin und das Leben, an das er sich zum Teil nur in Bruchstücken erinnert. Außerdem, sagt Schmidt, sei es leichter, keine Drogen zu nehmen, wenn man keine anderen Süchtigen sieht.

*taz NRW Nr. 8285 vom 27.5.2007, Seite 3, 307 TAZ-Bericht MIRIAM BUNJES*

## **POL-K: 070523-2-K Drogenabhängiger soll Kind verletzt haben**

Köln (ots) - Am Montag (21. Mai) soll ein Drogenabhängiger in Köln-Kalk einen 8-Jährigen mit einem "spitzen Gegenstand" verletzt haben. Der Junge wird zur Zeit in einem Krankenhaus gegen die möglichen Folgen einer Infektion mit ansteckenden Krankheiten behandelt. Seit zwei Tagen überprüfen Ermittler der Polizei Köln die Angaben des Jungen und versuchen, Widersprüche, die sich aus der Aussage eines gleichaltrigen Spielgefährten ergeben, zu klären.

Am späten Montagnachmittag wurden Polizisten zur Wohnanschrift des 8-Jährigen gerufen. Nach eigener Aussage hatte der Junge gegen 17.00 Uhr mit einem Freund auf der Grünfläche an der Burgenlandstraße gespielt und dabei einen "Junkie" beobachtet, der sich einen "Schuss" setzte. "Der Mann ist auf uns zugekommen. Während mein Freund weglief, hat mich der Fremde am Arm gepackt und mir mit der Spritze in den Arm gestochen", so der 8-Jährige sinngemäß.

Da eine entsprechende Verletzung erkennbar war, wurde der Junge in ein Krankenhaus gebracht.

Bei einer Befragung des Spielgefährten sowie bei weiteren Anhörungen des verletzten Jungen ergaben sich dann Widersprüche, die bis heute nicht gänzlich ausgeräumt werden können. Ein wesentlicher Unterschied in den Aussagen ergibt sich aus dem Verlauf des Nachmittags. Der verletzte Junge gibt an, zusammen mit seinem Freund eine Spritze im Gebüsch gefunden zu haben. Diese sei bei einer späteren Nachschau plötzlich weg gewesen. Dies kann der Freund des Jungen so nicht bestätigen.

Auch die Beschreibung des Tatverdächtigen gibt der Polizei Rätsel auf. So beschreibt der Geschädigte einen schwarzhaarigen Mann, während sein Freund definitiv von einem Typen mit hellblonden Haaren spricht.

Bei seiner gestrigen Anhörung in der Klinik stellte der 8-Jährige den Sachverhalt in abgewandelter Form dar. Während bei der Erstschilderung des Geschehens noch sein Freund anwesend war, spielteder bei der aktuellen Schilderung keine aktive Rolle mehr.

Der Angriff des "Junkies" soll nach jetzt vorliegender Aussage stattgefunden haben, als der Junge mit seinem Fahrrad an der Bank vorbeifuhr, auf welcher der Angreifer zunächst lag. Nach Schilderung des Schülers soll der Mann von der Bank aufgesprungen und hinter ihm hergelaufen sein. Dann will der Junge einen Stich im Oberarm gespürt haben. "Eine Spritze habe ich nicht gesehen", so der 8-Jährige.

Beschreibung des Angreifers:

- Alter: Ende 30
- Dünne Statur
- Trug ein blaues T-Shirt mit Aufschrift "VGT"

Die Polizei sucht dringend Zeugen, die den Jungen bzw. den beschriebenen Tatverdächtigen am Montagnachmittag im Burgenlandpark bzw. auf dem dortigen Spielplatz gesehen haben. Hinweise nimmt das Kriminalkommissariat 56 unter Tel: 0221 / 229-0 entgegen. (de)

23.05.2007

ots Originaltext: Polizei Köln

## **Drogen: Mehr Besucher im Konsumraum**

Der Drogenkonsumraum an der Erkrather Straße bekommt immer mehr Zulauf: Innerhalb von drei Monaten stieg die Nutzerzahl um fast ein Drittel.

Düsseldorf. Der Ende des vergangenen Jahres an der Erkrather Straße eröffnete Drogenkonsumraum verzeichnet eine steigende Nutzerzahl. Das teilte Jochen Alxnat, Geschäftsfüh-

rer der Düsseldorfer Drogenhilfe, am Mittwoch in seinem ersten Quartalsbericht im Gesundheitsausschuss mit.

Im Januar 2007 erschienen hier 236 Personen (davon 38 Frauen), im Februar waren es 276 (51 Frauen) und im März 2007 bereits 308 (62 Frauen). Angestiegen ist auch die Zahl der „Konsumvorgänge“, von 2077 (Januar) auf 3212. In den allermeisten Fällen wurden die Stoffe intravenös verabreicht.

Laut Alxnat wurden seitens der Nachbarschaft, der Stadt oder der Polizei keine Störungen seit der Eröffnung des Drogenkonsumraumes festgestellt. Vier Verstöße wegen Drogenhandels im Januar wurden der Polizei gemeldet.

Anstatt elf Stunden täglich will der Verein den Drogenkonsumraum künftig nur noch an neun Stunden (9-13 und 16-21 Uhr) öffnen, weil in den Stunden davor und danach bislang kaum Besucher kamen.

*Westdeutsche Zeitung, 17.05.2007 A.S.*



### **Der Wuppertaler Drogen-Deal**

Seit 2001 ist das "Gleis 1" eine Anlaufstelle für Wuppertaler Drogensüchtige. Der Polizei sind 2000 Personen bekannt, die so genannte harte Drogen konsumieren.



*Endstation Hoffnung: Am "Gleis 1" in Elberfeld können Abhängige unter Aufsicht Heroin nehmen und den Ausstieg aus der Sucht planen. (Foto: Andreas Fischer)*

Wuppertal. Das Ende der realen Welt liegt in Wuppertal in einem ehemaligen Bahnhofsgelände am Döppersberg. Die Straße zum Haus ist eine Sackgasse. Dahinter liegen Bahngleise. Endstation? Nein. Für die Heroin-Junkies ist das Haus, das den Namen „Gleis 1“ trägt, ein Hoffnungsschimmer, im besten Fall sogar ein Neuanfang.

Dort ist es sauber, dort können sie ungestört ihre Drogen nehmen – mit neuen und sauberen Spritzen. Dort sitzt ein Sanitäter, der beim Desinfizieren hilft, im Notfall eingreifen kann. Wenn die Tür aufgeht, hört man stets ein „Hallo“ zwischen Süchtigen und Personal. Man kennt sich, man duzt sich. Die irrealen Welt eines Junkies ist am „Gleis 1“ Alltag – seit 2001.

Abschied von der drogenfreien Gesellschaft

Eine drogenfreie Gesellschaft? Diese Zielperspektive „ist nicht mehr haltbar“, heißt es nüchtern im aktuellen Bericht der Beratungsstelle für Drogenprobleme. Die Vorgaben sind längst neu definiert:

Es gehe darum, die Gesundheit des Einzelnen zu erhalten, die Aids-Gefahr einzudämmen und gesellschaftliche Schäden gering zu halten, steht im Vereinsbericht geschrieben. So sieht nicht nur die Wuppertaler Drogen-Realität aus.

Seit Oktober 2003 ist Manfred Paxa für das Thema „geringe gesellschaftliche Schäden“ zuständig. Damals wurde der heute 47-Jährige Chef der Wuppertaler Drogenfahnder. 25 Tatverdächtige gingen vor Paxas Dienstantritt pro Jahr in U-Haft. Seither werden mehr als 80 Haftbefehle pro Jahr vollstreckt.

2000 Wuppertaler nehmen Kokain oder Heroin

Acht Mitarbeiter hat Paxas Team. Dagegen stehen 1600 Fälle im Jahr. Das sind 200 pro Mitarbeiter. Polizeibekannt sind in Wuppertal 6000 Drogenkonsumenten.

2000 davon nehmen die so genannten harten Drogen – vor allem Heroin und Kokain. Geschätzte Dunkelziffer: mindestens 10 000 Junkies. 50 Prozent der Junkies sind jünger als 20 Jahre.

Zahlen, die den Otto-Normal-Bürger erschauern lassen. Doch Cheffahnder Paxa ist die Ruhe selbst: „Wir wollen nicht die Krankheit bestrafen, sondern die Beschaffungskriminalität verhindern“, sagt er.

Rauschgiftfahnder führen Intensivtäterdatei

Deshalb führt die Drogenfahndung jetzt eine Intensivtäterdatei. Wer genug auf dem Kerbholz hat für einen Haftbefehl, fährt ein. Damit ist er erst einmal weg von der Szene.

Alles andere geht an der Realität vorbei: Von einem erwischten Durchschnittsjunkie werden die Personalien genommen, dann ist er wieder frei und hat natürlich keine Drogen mehr bei sich.

Damit ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass er sofort wieder straffällig wird, um sich das Geld für seine Ration zu besorgen. Paxa: „Die Süchtigen denken nur an den nächsten Schuss.“

Es gibt viele traurige Beispiele: Jener Abhängige etwa, der im Media-Markt an der B 7 schon am Eingang vom Hausdetektiv als potenzieller Dieb erkannt wird.

Mit einem gestohlenen DVD-Player wird er dann erwischt und gibt unumwunden zu: „Ich brauch das für die Drogen“.

Diebstähle, Autoaufbrüche, Hehlerei und im schlimmsten Fall Raubüberfälle. Zwei 14-Jährige aus Wuppertal kamen einst zusammen auf 170 Straftaten.

Beschaffungskriminalität stört die Gesellschaft. Und auch in der Parallelwelt von „Gleis 1“ ist Gewalt tabu. Es gibt eine strenge Hausordnung samt Sanktionen für Störer. Trotzdem ist die Sogwirkung auf den Drogenkonsumraum am Döppersberg groß.

An die 200 Süchtige kamen anfangs täglich zum Fixen unter Aufsicht. Nicht nur Wuppertaler waren dabei. Aus ganz NRW reisten die Junkies an. Eine schwierige Situation.

Stadt zahlt 36 000 Euro für Wachmann am „Gleis 1“

Osteuropäische Junkies bedrohten die „Gleis-1“-Besucher und auch die Mitarbeiter. Man bat die Polizei um Hilfe. Das offenbarte schlaglichtartig das Problem des Wuppertaler Drogen-Deals. Ein Schutzmann vor dem Drogenkonsumraum? Das geht nicht.

Das „Gleis-1“-Modell funktioniert gerade deswegen, weil sich Stadt, Polizei und Staatsanwaltschaft geeinigt haben, nicht hinzusehen. Wuppertal fand eine pragmatische Lösung. Jetzt steht ein Mitarbeiter des Essener Wachdienstes Kötter-Security vor dem Haus.

Seither ist wieder Ruhe. Kosten der Sicherheitsmaßnahme: jährlich 36 000 Euro. Die Stadt hat das Geld bewilligt. Einen größeren Vertrauensbeweis kann es kaum geben.

Einlass nur noch für Junkies aus Wuppertal

Mittlerweile müssen die „Gleis-1“-Kunden nachweisen, dass sie in Wuppertal wohnen. Wer nicht zu den ohnehin namentlich bekannten Stammgästen gehört, zeigt am Eingang brav seinen Ausweis vor.

Seither kommen täglich im Schnitt „nur noch“ 100 Süchtige. An der Wand hängt die Hausordnung in russischer Sprache und Schrift. Jede Menge Broschüren weisen auf Wege aus der Sucht hin. Es ist warm und sauber. Man kann im Keller seine Wäsche waschen, für ebenso kleines Geld im Café eine warme Mahlzeit bekommen, duschen. Es hat etwas familiäres. „Gleis 1“ ist eine Chance, vielleicht die letzte.

Die wenigen Anwohner beschwerten sich selten über die Junkies in der Nachbarschaft. „Gleis-1“-Leiterin Klaudia Herring-Prestin weiß, dass man nicht locker lassen darf. Sie hat dafür gesorgt, dass die Sackgasse zum Haus regelmäßig vom Müll befreit wird. Sie lacht: „Das ist wahrscheinlich die sauberste Straße von Elberfeld.“

## FAKTEN

Essen-Connection: Von Essen aus organisieren vorwiegend Albaner den Straßenverkauf in Wuppertal. Die „Läufer“ reisen per S-Bahn an. Aus Erddepots in der Nähe des Bahnhofes Vohwinkel packen sie sich „Bubbles“ (in Folie zu Mini-Kügelchen gedrehter Stoff), fahren damit die Zentren – vorwiegend Elberfeld – an.

Dort verkaufen sie relativ geringe Mengen, kehren zum Depot zurück, und „laden“ neu. Verdienst pro Tag: 200 bis 300 Euro. Wer geschnappt wird, wird umgehend ersetzt.

Platte: Auch auf der Platte vor der Schwebbahnstation Döppersberg wird gedealt. Aber so, dass die Zugriffsmöglichkeiten der Polizei gering sind. Die Händler arbeiten mit Läufern.

Nicht mehr der Verkauf von Angesicht zu Angesicht ist wichtig. Es geht nach Vorkasse. Der Stoff wird in diversen Verstecken gelagert. Eine Masche, die auch auf der Hardt beobachtet wird.

Zentrum: Wuppertal hat eine vergleichsweise kleine Drogenszene. Die Dealer versorgen sich im Ruhrgebiet oder in Düsseldorf. Zumeist sind das Männer vom Balkan, aus der Türkei oder aus Afrika. Laut Kripo sind sie zumeist nicht abhängig, nutzen die Not der Süchtigen aus.

Gleis 1: Träger von Gleis 1 ist der Freundes- und Förderkreis Suchtkrankenhilfe. 2006 wurden im Gleis 1 insgesamt 15 000 Heroineinnahmen gezählt. Geöffnet ist werktags von 10 bis 16 Uhr.

Beratung: Mehrere Institutionen kümmern sich um die Probleme von Süchtigen. Dazu zählt Gleis 1, die Drogenberatung, die Aids-Hilfe, Clean Streets und das Café Okay.

Hauptanliegen von **JES** (Junkies Ehemalige Substituierte) und der Elterninitiative für akzeptierende Drogenarbeit ist die kontrollierte Heroinvergabe an Schwerstabhängige, um Gesundheitsrisiken und Beschaffungskriminalität zu senken.

15.05.2007 - Von Andreas Spiegelhauer - © Westdeutsche Zeitung



### **Hamburg setzt Heroinbehandlung fort**

Hamburg (dpa/Ino) - Die Stadt Hamburg hat das Modellprojekt zur kontrollierten Abgabe von Heroin an Schwerstabhängige um ein Jahr verlängert. Nach Angaben der Gesundheitsbehörde vom Dienstag werde bis zum 30. Juni 2008 an jene Patienten Diamorphin abgegeben, die sich bereits jetzt in Behandlung befänden. Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) müsse der Entscheidung noch zustimmen. Gesundheitssenatorin Birgit Schnieber-Jastram (CDU) betonte, die Stadt werde sich weiterhin für eine bundeseinheitliche Regelung einsetzen. "Die Fortführung der Diamorphinbehandlung mittels einer Ausnahmegenehmigung kann nur eine Übergangslösung sein."

*Lübecker Nachrichten am 15.05.07*

### **Frankfurter Heroin-Projekt wird fortgesetzt**

Frankfurt/Main - Das in der großen Koalition umstrittene Pilotprojekt zur kontrollierten Heroinabgabe an Schwerstabhängige in sieben deutschen Großstädten darf zumindest in Frankfurt am Main weitergeführt werden. Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte kündigte heute an, einen Antrag der Stadt, das Projekt weitere drei Jahre fortzusetzen und zugleich auf 150 Teilnehmer auszuweiten, zu genehmigen.

Institutschef Reinhard Kurth begründete diese Entscheidung auf ddp-Anfrage mit den positiven Erfahrungen des Projekts. Es liege im „öffentlichen Interesse“, dass die Behandlung von Schwerstabhängigen mit dem synthetisch hergestellten Heroin Diamorphin weitergehe.

Kurth verwies auch auf eine neue Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts, wonach Patienten Anspruch auf eine optimale Therapie hätten. Die Studie zur kontrollierten Heroinabgabe habe gezeigt, dass die Verabreichung von Diamorphin der von Methadon überlegen sei. Durch die Therapie habe eine soziale Stabilisierung der Betroffenen erreicht werden können, außerdem sei die Beschaffungskriminalität zurückgegangen.

Kurth fügte hinzu, wenn die anderen sechs Großstädte ebenfalls Anträge stellten, werde auch dort eine Verlängerung genehmigt. An dem Drogen-Pilotprojekt hatten sich neben Frankfurt auch Köln, Bonn, Hamburg, Hannover, Karlsruhe und München beteiligt.

In Frankfurt am Main erhalten Heroin-Schwerstabhängige seit vier Jahren unter ärztlicher Aufsicht das künstlich hergestellte Heroin-Präparat Diamorphin. Nach Einschätzung der Stadtverwaltung sind die Ergebnisse des Projekts eindeutig positiv. Bislang gründet sich jede kontrollierte Heroinabgabe auf eine Ausnahmegenehmigung des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte. Drei Mal wurde das Projekt um jeweils ein halbes Jahr verlängert, zuletzt bis Ende Juni dieses Jahres.

Für einen bestimmten Personenkreis, betont man beim Gesundheitsdezernat der Stadt Frankfurt, sei die kontrollierte Abgabe von Heroin der einzig Erfolg versprechende Therapieeinstieg und habe sich längst bewährt. Die Stadt begann den Modellversuch 2003 mit knapp 100 Drogenabhängigen. Momentan betreut die Heroinambulanz noch 59 Klienten. Bei der Stadt wünscht man sich, den Kreis auf bis zu 150 Klienten auszuweiten.

Fast alle der Frankfurter Studienteilnehmer haben nach Angaben des Gesundheitsdezernats eine Wohnung gefunden, obwohl viele zuvor obdachlos gewesen seien. Einige hätte sogar eine Arbeitsstelle angetreten. Die Studie habe auch in den anderen Städten gezeigt, dass eine stabilere soziale Situation der Drogenabhängigen die entsprechende Kriminalitätsrate senke.

Donnerstag, 12. April 2007 - © ddp/aerzteblatt.de

### **Sparen bei der Heroingabe**

Die Stadtverwaltung plant, aus Kostengründen die heroingestützte Behandlung von Schwerstabhängigen mit der Methadonambulanz des Gesundheitsamtes zusammenzulegen. „Wir mussten einen Weg finden, das Projekt fortzusetzen und gleichzeitig der Haushaltslage der Stadt Rechnung zu tragen sowie ein angemessenes Verhältnis zur großen Zahl der übrigen Abhängigen zu wahren“, begründet Gesundheitsdezernentin Marlis Bredehorst gegenüber dem „Stadt-Anzeiger“ den Vorschlag der Verwaltung, der jetzt in den politischen Gremien diskutiert werden soll. Mario Vogel, Prüfarzt in der Heroinambulanz, kann die Argumente der Stadt „in vielen Punkten nachvollziehen“, hält das Vorhaben aber dennoch für „unglücklich“. Vogel: „Ich habe erhebliche Zweifel, ob nach der Zusammenlegung die bisherige Qualität der Heroinbehandlung aufrechterhalten werden kann.“

Noch bis Ende Juni 2007 läuft in sieben Städten das bundesweite Modellprojekt zur ärztlich kontrollierten Heroinabgabe. In Köln spritzen sich derzeit 41 Patienten regelmäßig Diamorphin, pharmazeutisch hergestelltes Heroin; laut Bredehorst gibt es in Köln rund 10 000 Heroinabhängige. Die Beigeordnete verweist darauf, dass es nicht gelungen sei, durch eine Gesetzesänderung Diamorphin zum verschreibungspflichtigen Arzneimittel zu machen und damit eine Teilfinanzierung der Heroingabe durch die Krankenkassen sicherzustellen. Da künftig die Zuschüsse des Bundes (sieben Prozent) entfielen, müssten die Städte, die das Projekt mit einer entsprechenden Ausnahmegenehmigung fortsetzen wollten, die Kosten selber tragen. Für 2007 hatte der Rat bereits die erforderlichen rund 690 000 Euro bewilligt, 2008 beliefen sich die Kosten laut Bredehorst auf rund 860 000 Euro: „Bei einer Zusammenlegung mit der Methadonambulanz kommen wir mit weniger als der Hälfte aus.“

Gespart werden könne vor allem beim Personal, erläuterte die Dezernentin, aber auch die Öffnungszeiten ließen sich kostengünstiger gestalten. Von den derzeit 16 Mitarbeitern der Heroinambulanz „sollen einige übernommen werden“. Für die Zusammenlegung der beiden Einrichtungen - in der Methadonambulanz werden rund 220 Patienten versorgt - solle „eine angemessene Übergangszeit“ eingeräumt werden. Untergebracht werden soll sie in den derzeitigen Räumen der Heroinambulanz in der Lungengasse.

„Der längere Hebel liegt nicht bei mir“, sagt Prüfarzt Vogel, der sich „in das Unvermeidliche fügen“ will. Er befürchtet unter anderem, dass die wichtige psychosoziale Betreuung der schwerstabhängigen Patienten nicht so weitergeführt wird wie bisher. Er ist zudem skeptisch, ob auch künftig bei Verstößen gegen Vergabe-Vorschriften „unsere liberale Schiene weitergefahren“ werde. „Das könnte Behandlungserfolge gefährden.“

„Die Qualität der Heroinambulanz muss erhalten bleiben“, fordert auch Jörg Detjen, Vorsitzender der Fraktion „Die Linke.Köln“. Zudem müssten die Fachleute aus dem Heroinprojekt integriert werden.

© Kölner Stadtanzeiger, 12.04.07

## INTERVIEW

### Heroinbehandlung - "wir haben erheblichen Zeitdruck"

FRANKFURT/MAIN. Gegen die Einstellung des bundesweiten Heroin-Modellprojekts Ende Juni dieses Jahres hatte die Frankfurter Gesundheitsdezernentin Manuela Rottmann (Die Grünen) mit einer Klage reagiert. Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) in Bonn hat nun auch schriftlich erklärt, dass das Projekt in Frankfurt am Main weitere drei Jahre fortgeführt werden könne. Manuela Rottmann sprach mit "Ärzte Zeitungs"-Mitarbeiter Pete Smith über die Konsequenzen.

Ärzte Zeitung: Frau Rottmann, das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) hat der Stadt Frankfurt mündlich zugesichert, das Heroin-Modellprojekt um weitere drei Jahre zu verlängern. Ein Erfolg Ihrer Klage oder Einsicht in die Notwendigkeiten?

Manuela Rottmann: Nach dem Ende der Arzneimittelstudie hat das Bundesinstitut immer klar geäußert, dass Diamorphin (synthetisches Heroin) als Medikament zuzulassen ist, sollte es eine gesetzliche Regelung geben. Deshalb glaube ich, dass zumindest aufseiten des BfArM die fachliche Einsicht vorhanden ist. Andererseits muss man jedoch auch klar sagen, dass eine Beendigung der Heroinvergabe zum 30. Juni gedroht hätte, wenn die Stadt Frankfurt sich nicht so vehement für eine Fortführung eingesetzt hätte.

Ärzte Zeitung: In Frankfurt am Main sind derzeit etwa 59 Schwerstabhängige am Diamorphinprojekt beteiligt, bis zu 150 dürfen es nach Angaben des Bundesinstituts künftig sein. Damit wurde Ihrem Antrag beim BfArM voll stattgegeben. Trotzdem handelt es sich wieder nur um eine Ausnahmeregelung für drei Jahre. Spielen Sie auf Zeit?

Rottmann: Wir versprechen uns von der Verlängerung der Heroinvergabe genügend Zeit, dass ein Gesetzgebungsverfahren in Gang gesetzt werden kann. Hätten wir die Heroinvergabe gezwungenermaßen beenden müssen, wäre dies, angesichts der erheblichen Anstrengungen zur Einrichtung einer solchen Behandlung, auf Jahre hinaus das Ende dieser Therapieform gewesen. Ziel bleibt aber die gesetzliche Regelung.

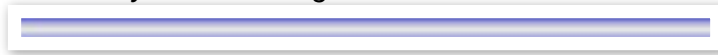
Ärzte Zeitung: Frankfurt ist Vorreiter bei der Diamorphin-Abgabe an Schwerstabhängige, hier wurden die besten Ergebnisse erzielt. An dem Modellprojekt sind jedoch sechs weitere Städte in Deutschland beteiligt. Was bedeutet die aktuelle, Frankfurt allein begünstigende Entscheidung des BfArM für Hamburg, Hannover, Köln, Bonn, Karlsruhe und München?

Rottmann: Das BfArM hat mit der Erlaubnis erstmals anerkannt, dass eine Behandlung mit Diamorphin im öffentlichen Interesse ist. Daran muss es sich halten, wenn andere Städte einen Antrag auf eine Ausnahmegenehmigung stellen. Dies betrifft, meiner Meinung nach, nicht nur die Städte, die sich jetzt schon im Heroinprogramm befinden, sondern alle Städte, die einen entsprechenden Bedarf haben. In Anbetracht der erheblichen finanziellen Belastungen, die ein solches Projekt mit sich bringt, halte ich jedoch eine gesetzliche Regelung für unabdingbar, um die Lasten nicht nur bei den Kommunen abzuladen.

Ärzte Zeitung: Am 30. Juni läuft das Diamorphin-Modellprojekt offiziell aus. Seine Verlängerung auf Bundesebene bleibt umstritten. Offen ist beispielsweise, ob die Fortführung des Projekts gesetzlich geregelt wird. Welche Regelung halten Sie für wünschenswert und welche für wahrscheinlich?

Rottmann: Schon im November letzten Jahres hat eine Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft einen Gesetzentwurf zur Änderung des Betäubungsmittel- und Arzneimittelrechts vorgelegt. Auf dieser Grundlage ist eine gesetzliche Regelung dringend erforderlich. Der Regierende Bürgermeister von Hamburg Ole von Beust hat mit der Unterstützung des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch eine Bundesratsinitiative angekündigt. Ich hoffe, dass sich weitere Bundesländer anschließen. Gleichzeitig gibt es im Bundestag einen Gruppenantrag der Oppositionsparteien von Bündnis 90 / Die Grünen, FDP und der Linken. Auf Grund der immer noch gespaltenen Haltung der Großen Koalition könnte derzeit wohl nur die Aufhebung des Koalitionszwanges zu einem Erfolg im Bundestag führen. Ich hoffe jedoch, dass unsere durch das BfArM bestätigten rechtlichen Argumente für die Heroinvergabe auch im Bundestag noch zu einem Umdenken führen.

30.04.07 - © 1997 - 2007 by Ärzte Zeitung



### **"Ohne das Projekt wär' ich längst tot"**

Von Klaus Jongbloed

Taugt Heroin als Heilmittel für Schwerstabhängige? Oder macht sich dann der Staat zum Dealer? Eine bundesweite Heroinstudie ist in der großen Koalition umstritten wie nie zuvor.

Jeden Tag macht Thomas Luhmann (42) Halt in der "S-Station". So nennt der DRK-Ortsverein Hannover-West seine Küche im Stadtteil Hannover-Linden. Sie ist Anlaufstelle für diejenigen, die nicht so viel Geld in der Tasche haben. Heute gibt es Blumenkohlsuppe mit Würstchen. Luhmann ist der Koch. Und er ist Junkie. Einer von derzeit 300 Schwerstabhängigen, die an einem umstrittenen bundesweiten Heroinprojekt teilnehmen. Im Sommer ist damit endgültig Schluss. Und keiner weiß, wie's weitergeht.

Für das Modellprojekt sind ab 2002 in sieben Städten Heroinambulanzen aufgebaut worden. Eine davon ist Hannover. "Die Stadt kenn' ich eigentlich nur, seitdem ich drauf bin", sagt Luhmann, der von Hartz IV lebt. Wie ein großer tapsiger Bär geht er neben einem die Straße entlang auf dem Weg zu seiner Wohnung. "Ohne das Projekt wär' ich längst tot", sagt er nüchtern.

Wobei: Nüchtern ist Luhmann ganz und gar nicht. Heute Morgen hat er sich schon einen Schuss Heroin gesetzt, "einen Druck gemacht", wie Luhmann sagt. So wie jeden Morgen. So wie jeden Abend. Tag für Tag. Jeden Tag im Jahr. Luhmann braucht das Zeug. Seit 20 Jahren braucht er das. Und nicht nur Heroin. "Ich hab früher auch Kokain geraucht und gespritzt", sagt er. Jahrelang war er Tag für Tag auf Diebestour, hat Klamotten geklaut, sie wieder verkauft, um sich das Geld für den Stoff zu beschaffen. Zweimal saß er schon im Knast. Aus seinem großen Wunsch, einem "Millenniumsgebiss zum Jahreswechsel 2000" ist damals auch nichts mehr geworden. Das Geld fehlte.

Warum hat er denn bloß mit Heroin angefangen? "Ach, wissen Sie, ich war neugierig", sagt er mit traurigem Blick. Im Hamburger Bahnhof fragte ihn jemand nach ein paar Mark. Luhmann sah die Chance zu einem kleinen Deal, fragte nach Heroin. Aber der erste Versuch ging in die Hose. Wie Luhmann diese Anekdote erzählt: Für ihn war es nur ein Spiel. Der

Typ vom Bahnhof brachte Luhmann zu einem Kumpel. Luhmann erhielt ein kleines Couvert mit Heroin, machte es auf. "Da kam ein Windstoß und alles war futsch. Und der Typ fing an zu weinen." Luhmann kann sich ein Lachen nicht verkneifen. In einem Buswartehäuschen an der Alster hat Luhmann sich schließlich den ersten Druck gemacht. Beim Erzählen kramt er die Hosen hoch. "Schauen Sie mich an: Arme, Beine: alles vernarbt. Ich hab mein Leben verpfuscht."

Wirklich abgestürzt ist der 42-Jährige, als er zu Hause aufflog. "Meine Mutter ist ausgerastet", sagt Luhmann. Für ihn muss es einer der bittersten Augenblicke seines Lebens gewesen sein. Dieser Satz, den seine Mutter ihm entgegen schleuderte. Mit all ihrer Wut, ihrer Sorge, ihrer Verzweiflung: "Hol dir doch einen Strick und häng dich auf. Das geht schneller", schrie sie Luhmann an. Er hat ihr das längst verziehen. "Ich hätte wahrscheinlich bei meinen eigenen Kindern genau so reagiert." Luhmann: "Der Griff zum Heroin war für mich auch eine Trotzreaktion, ein Schreien nach Aufmerksamkeit." Es hat nichts genützt. Die Eltern warfen ihn aus dem Haus. Seit 20 Jahren hat Luhmann keinen Kontakt mehr zu ihnen. Was beide nicht wissen: Er ruft sie regelmäßig an, hört ihre Stimmen am Telefon. Und legt dann wortlos wieder auf. Verbindung hat der 42-Jährige nur zu seiner Schwester. Für ihn selbst war Familie "nie ein Thema". Freunde hat er kaum. "Ich bin ein Einzelgänger-Typ."

Lebensinhalt ist für Luhmann sein ehrenamtlicher Job in der S-Station geworden. "Für mich ist das eine Bestätigung. Wenn die Leute sagen: 'Es hat geschmeckt!'. Dann fühlt man sich nicht ganz so unnützlich." Durch Zufall ist er an die bundesweite Heroinstudie geraten. Wissenschaftler wollten herausfinden, ob die kontrollierte Abgabe von künstlich hergestelltem Heroin, dem Diamorphin, an Schwerstabhängige effektiver ist als eine Methadonbehandlung. Das Ergebnis liegt mittlerweile vor: "Heroin ist dem Methadon bei der Behandlung von Schwerstabhängigen überlegen", sagt Uwe Verthein (43) vom Zentrum für Interdisziplinäre Suchtforschung (ZIS) an der Universität Hamburg. Beim ZIS lag die wissenschaftliche Planung und Ausführung der Studie.

Sie ist abgeschlossen. Nur mit einer Ausnahmegenehmigung läuft sie noch bis zum Sommer. Denn Diamorphin ist als Arzneimittel nicht zugelassen. Dafür müsste das Betäubungsmittelgesetz geändert werden. Die SPD im Bundestag will das, die Opposition auch. Die Union sperrt sich. Dazu Verthein: "Wir wissen nicht, wie es weitergeht. Die Diskussion ist unzumutbar."


Maria Eichhorn (CSU), Drogenbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, will die Zulassung verhindern: "Diejenigen, die derzeit noch am Heroinprojekt teilnehmen, sollen so lange weiter behandelt werden, wie es aus medizinischen Gründen notwendig ist. Es soll keiner ins Nichts fallen. Aber die Zulassung von Diamorphin lehnen wir ab." Eichhorn stellt die positiven Ergebnisse der Studie in Frage. "Einige Fachleute sehen das anders", sagt sie. Vor allem die Kosten einer Heroinbehandlung sind Eichhorn ein Dorn im Auge: "Die Therapie mit Diamorphin ist dreimal so teuer wie mit Methadon." Das sei angesichts knapper Kassen "politisch nicht verantwortbar". Eine Weiterführung der Heroinsubstitution "lehnen wir ab. Wir können mehr Patienten helfen, wenn wir die Methadonsubstitution quantitativ und qualitativ ausbauen".

Sabine Bätzing (SPD), die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, widerspricht. Notwendig sei die Änderung des Betäubungsmittelgesetzes. "Nur so erreichen wir die Versorgung für alle in Deutschland lebenden etwa 1500 Schwerstabhängigen - und nicht nur für die derzeit noch 300 Teilnehmer des Heroinprojekts." Das positive Ergebnis der Studie sei "eindeutig. Sie ist international anerkannt." Bis Ende März sei eine Einigung in der Koalition auf ein Gesetz notwendig. Aber: "Meine letzte Hoffnung ist eine Gesetzesinitiative im Bundesrat."

Denn die Länder sind in der Mehrheit für die Diamorphin-Behandlung." "Ganz schlimm" für sie: "Der Druck auf die Träger der Ambulanzen steigt. Uns läuft die Zeit weg."

Thomas Luhmann schaut auf die Uhr. Gleich halb fünf an diesem Nachmittag. Zeit zu gehen. Er muss sich den nächsten Druck in der Heroinambulanz setzen. Welchen Traum er hat? "Dass ich irgendwann einmal davon loskomm". Ach ja: Und mein Millenniumsgebiss", lacht er und zeigt seine drei Zähne.

11. März 2007 © ka-news 2007



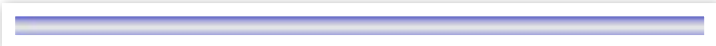
## Mehr Druck auf Drogenszene

Bonn. (val) Noch stärker kontrollieren lassen will Polizeipräsident Wolfgang Albers die U-Bahnhaltestelle Juridicum und deren oberirdischen Bereich. Das teilte er jetzt unter anderem der CDU-Ratsfraktion und dem Beethoven-Gymnasium mit.

Wie berichtet, hatten sich Schüler bei einem Gespräch mit den jugendpolitischen Sprechern der Ratsfraktionen darüber beschwert, dass in jüngster Zeit in und um die Haltestelle sowie in Ecken an ihrer Schule wieder häufiger offen Heroin konsumiert und Spritzen weggeworfen würden.

Albers verweist in seinem Antwortschreiben darauf, dass sich nach verstärktem Druck auf die offene Drogenszene die Kriminalitätsbelastung seit vorigen Jahr deutlich verringert hätte. Auch im Bereich Juridicum sei das zu spüren. Dennoch sollen Beamte - auch in zivil - verstärkt dort auf Streife gehen. Auch die Zusammenarbeit mit den Stadtwerken und dem Beethoven-Gymnasium würde intensiviert.

© Bonner General Anzeiger, 10.04.2007



## Die Verbotsgesellschaft

*Wer vielleicht zur guten Tat keine rechte Neigung hat,  
Dem wird Fasten und Kastei  
Immerhin erfrischend sein.  
-Wilhelm Busch-*

Rauchen stinkt, Rauchen schadet der Gesundheit, und Rauchen gefährdet Mitmenschen - ähnlich wie zum Beispiel das Autofahren. Anders als beim Tabak kommt allerdings niemand ernsthaft auf die Idee, das Autofahren verbieten zu wollen. Während für alle möglichen Schadstoffe Grenzwerte festgesetzt und mitunter beliebig überschritten werden, tendiert die Politik beim Rauchen im öffentlichen Raum zur «Nulltoleranz». Der Nationalrat plant ein weitgehendes Rauchverbot am Arbeitsplatz, und die Kantone befinden sich in einem eigentlichen Wettstreit beim Erlass von Rauch- und Werbeverboten. Ob letztlich die Emissionen von Autos, Heizungen, Handys oder Zigaretten schädlicher sind, kann niemand abschließend beantworten; das strenge und selektive Vorgehen gegen den Tabak wirkt somit zumindest seltsam.

## KOALITION KOMPLETT

Es ist schliesslich nicht das erste Mal, dass Tabak und Alkohol politisch unter Beschuss geraten. Entsprechend sind auch die Erkenntnisse über gesundheitliche Folgen nicht neu. Neu ist indes das gestiegene Gesundheitsbewusstsein in der Wellness-Welle. Die Kampagnen fallen, anders als in den siebziger (Guttempler-Initiative) oder den neunziger Jahren (Zwillingsinitiativen für Werbeverbote), auf fruchtbaren Boden. Wiedergefunden hat sich auch die Koalition aus moralisierender Abstinenzbewegung, expandierender Suchtpräventions-Branche und öffentlicher Hand, welche die Kampagnen dirigiert und finanziert. Es ist noch nicht lange her, da lagen sich die abstinenten Tugendwächter auf der einen und die Fachstellen sowie das Bundesamt für Gesundheit (BAG) auf der anderen Seite in den Haaren, weil sich Letztere für ein liberaleres Betäubungsmittelgesetz (BetmG) stark machten. Nachdem aber der Nationalrat im Sommer 2003 eine Entschärfung der Strafbestimmungen beim Drogenkonsum definitiv bachab geschickt hatte, drehte der Wind.

Der BetmG-Revision wurde in einer Neuauflage ausdrücklich der Abstinenz-Stempel aufgedrückt. Und im Sinne einer «ganzheitlichen Suchtpolitik» haben das BAG und die meisten kantonalen Gesundheitsämter ihre Prioritäten neu gesetzt: Bekämpft werden seit 2004 wieder primär der Tabak- und (wegen des stärkeren Widerstands etwas zurückhaltender) der Alkoholkonsum. Die «pragmatische Drogenpolitik» der neunziger Jahre scheint durch das Paradigma der suchtfreien Gesellschaft ersetzt zu werden - und die Koalition der Gesundheitsapostel ist wieder komplett.

## EXTERNE KOSTEN

Um die nötigen politischen Mehrheiten für die Verbotspolitik zu beschaffen, argumentiert man vorerst hauptsächlich mit Belastungen für Nichtraucher. Dass das tatsächliche Gefahrenpotenzial des Passivrauchens ein generelles Verbot rechtfertigt, ist fragwürdig. Und die abenteuerlichen Zahlen zu den angeblichen sozialen Kosten des Rauchens wurden von unverdächtigster Seite (im Auftrag privater Versicherungen) relativiert. Nicht zuletzt aufgrund der fiskalischen Belastung und der geringeren Lebenserwartung dürften die Raucher für direkte und indirekte Kosten ihres Lasters im Wesentlichen selber aufkommen.

Natürlich ist es legitim, den Schutz vor dem Passivrauchen verbessern zu wollen - bloss die Argumentation ist hin und wieder nicht ganz lauter. Wenig redlich mutet es zudem an, wie der Bund Jahr für Jahr höhere Einnahmen aus der Tabaksteuer (über 2 Milliarden Franken) für die AHV abschöpft, diese Konsumsteuer aber unbeirrt als Lenkungsabgabe verkauft - der Zielkonflikt wird schon länger kritisiert. Für den separaten Tabakpräventionsfonds sind jährlich 18 Millionen vorgesehen, weniger als ein Prozent der gesamten Tabaksteuer-Einnahmen. Und dass die Raucher mit einer sogenannt «freiwilligen Konsumabgabe» zusätzlich auch noch den inländischen Tabakanbau subventionieren müssen, macht das gesundheitspolitische Engagement des Bundes auch nicht glaubwürdiger.

Schliesslich ist auch das Argument, dass ohne die geplanten kantonalen und nationalen Rauchverbote beim Nichtraucherschutz rein gar nichts passiere, offensichtlich übertrieben. Zwar ist die Schweiz hier nicht gerade eine Vorreiterin, doch haben in den vergangenen Jahren zahlreiche Unternehmen gehandelt, allen voran die Fluggesellschaften und der öffentliche Verkehr (wo übrigens erheblich Kosten eingespart werden konnten). Vielleicht haben hier und dort die Konsumenten noch zu wenig Druck gemacht. Doch wer diesbezüglich heute noch auf den Markt verweist und an die Eigenverantwortung appelliert, erntet in der öffentlichen Debatte fast nur noch Spott und Hohn. So geschehen unlängst dem Wirteverband Gastrosuisse, als er seinen verspäteten, aber diskussionswürdigen Gesetzesvorschlag

präsentierte, wonach bewilligungspflichtige «Raucherbetriebe» möglich blieben. Die Verbotsgesellschaft scheint beschlossene Sache zu sein.

## SONNENSCHIRME

Die Vertreibung der Raucher in die Hinterhöfe dürfte mittlerweile von einer Mehrheit begrüsst werden - allein schon aus hygienischen Gründen; in der direkten Demokratie ist dem Rechnung zu tragen. Wo die wachsende Verbotsmoral indes hinführen könnte, darüber wird kaum diskutiert. Die Forderung steht jedenfalls im Raum, den Passivraucherschutz auch auf diejenigen auszudehnen, die sich selber wirklich nicht schützen können - etwa Kinder qualmender Eltern. Auch haben Tugendwächter aus allen politischen Lagern längst weitere verbotswürdige Laster geortet. Nahe zum Pranger geschoben wurden bereits die «Fettleibigen», die Spieler, die Extremsportler, die Hundehalter, die Offroader, die Party- und sonstigen Müssiggänger - die Liste erinnert an «Die sieben Todsünden» bei Brecht.

Jedenfalls treibt die kleinbürgerliche Auseinandersetzung um Verbote aller Art bereits seltsamste Blüten. So wird derzeit im Kanton Bern (wo ein weitreichendes Werbeverbot in Kraft getreten ist) ernsthaft darüber diskutiert, ob Frau Meier und Herr Müller künftig noch ihren alten Sonnenschirm mit der Bierwerbung auf den Balkon stellen dürfen. Im vergangenen Sommer wurde auf der Höhe der Feinstaub-Hysterie nicht minder ernsthaft ein landesweites Cheminéefeuer-Verbot erwogen. In einigen Städten wird künftig verzeigt, wer unachtsam einen Zigarettenstummel oder einen Kaugummi wegwirft, und in Basel kann bereits gebüsst werden, wer sich zu lange in einem Parkhaus aufhält. Die SBB wollen ihre Lokomotivführer zwecks Drogenprävention zum Urintest antraben lassen. Gefischt werden darf in Schweizer Gewässern künftig nur noch mit besonderer Fachausbildung, und sich als «liberal» bezeichnende Parteien diskutieren längst schon über Strassenzölle, Schuluniformen, Minarett- und Kreuzifixverbote.

## FREIHEIT, FEHLER ZU BEGEHEN

Man kommt nicht zur Freiheit, indem man alles verbietet, was sie gefährdet. In einer liberalen Gesellschaft muss es erlaubt sein, Fehler zu begehen - sich zu schaden, Sportunfälle zu riskieren, krank zu werden, süchtig, faul, dick, hässlich oder dumm zu sein. So darf auch beim Rauchen der staatliche Schutz nicht auf die Verhinderung der Selbstschädigung abzielen, und die Nichtraucher soll der Staat nur dort schützen, wo sich diese nicht mit vertretbarem Aufwand selber schützen können.

«Im Freien bleibt das Rauchen gestattet», liess unlängst die Berner Kantonsregierung verlauten. Muss man bereits davon ausgehen, dass grundsätzlich als verboten gilt, was nicht ausdrücklich erlaubt wird? Wir sollten diesen Trend zur obrigkeitlichen Kontrolle des individuellen Verhaltens nicht mutwillig fördern, sonst droht tatsächlich der Kindermädchenstaat. «Demutsvoll und lendenlahm» verneigt sich übrigens Fipps der Affe nach schmerzhafter Züchtigung im eingangs zitierten Reim; und es lacht «das dicke runde nette fette Kindermädchen Jette».

se. - 31. März 2007 - © *Neue Zürcher Zeitung*

## »Die Kartelle sind moderne Unternehmen geworden«

von Eduardo del Valle

13 Jahre ist es her, dass Eduardo del Valle, bekannt als »Der Uhu«, wegen einer ernst zu nehmenden Morddrohung aus Mexiko in die USA floh. Bald darauf erschien sein Buch »Der zweite Schuss«, das sich mit der Ermordung des Präsidentschaftskandidaten Luis Colosio und den Verflechtungen der politischen Klasse Mexikos in den Drogenhandel beschäftigte. Das Buch erschütterte den mexikanischen Staat und brachte viele Politiker in Erklärungsnot.

Del Valle war ein Wortführer der mexikanischen 68er-Bewegung und später Abgeordneter der Mexikanischen Arbeiterpartei PMT. Zudem war er als Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft und als Journalist tätig. Er lebt noch heute in den USA und arbeitet als freier Autor und als Kolumnist für die mexikanische Tageszeitung El Universal. Mit ihm sprach Nils Brock.

Sie mussten Mitte der neunziger Jahre nach einer Morddrohung aus Mexiko in die USA fliehen. Haben die »Narcos«, also die mexikanische Drogenmafia, Sie seither in Ruhe gelassen?

Zehn Jahre lang habe ich in Harlingen/Texas gelebt. Bald nach meiner Ankunft bemerkte ich, dass in einem benachbarten Nobelviertel ein Mann wohnte, der, wenn auch auf sehr diskrete Weise, immer von Leibwächtern begleitet wurde. Es handelte sich um einen alten Bekannten, einen der wichtigsten Köpfe des mexikanischen Drogenkartells »Cartel de Golfo«.

Wie reagierte dieser Bekannte auf Sie?

In Harlingen wurden zwei Mordanschläge auf mich verübt. Im Zusammenhang mit einem der Anschläge verhaftete das FBI einen der bekanntesten Auftragsmörder des »Cartel de Golfo«, selbst wenn er später aus formalen Gründen auf Kautionsfreilassung wurde. Der zweite Anschlag schlug nur dank eines Zufalls fehl. Einige bewaffnete Kopfgeldjäger wurden vor meinem Haus festgenommen, weil sie auf allzu unvorsichtige Weise mit ihren Sturmgewehren hantierten.

Wie schützt man sich vor solchen Leuten?

Auch wenn es mir nicht leicht fiel, war es unvermeidlich, mich aus der Öffentlichkeit zurückzuziehen. Ich habe wie in einem Gefängnis gelebt, das ich nur verließ, um meine kleine Tochter zur Schule zu bringen oder verkleidet im Supermarkt einzukaufen. Manchmal hatte ich »Freigang« in einer nahe gelegenen Bar, wobei mich immer Dutzende Freunde eskortierten. Daneben versuche ich stets, auf dem neuesten Stand zu bleiben, und untersuche seltsame Geschehnisse in der Umgebung. Zuweilen sind es Banalitäten, mit denen sich größere Ereignisse ankündigen.

Sie leben in dem Land, in dem mehr Kokain und Amphetamine konsumiert werden als irgendwo sonst in der Welt. Wie bewerten Sie vor diesem Hintergrund die Drogenpolitik der USA?

Der so genannte Krieg gegen die Drogen, den die US-Regierung führt, ist vor allem ein nützliches Instrument dafür, sich überall einzumischen. Und in den USA selbst führt diese Politik zu ständigen Konflikten im Gesundheitswesen, beschleunigt die gesellschaftliche Zerrüttung und begünstigt die Korruption. Wenn man Alkohol, Tabak und medizinische Designerdrogen wie Retalin und Prozac legalisiert, sollte man sich bei anderen Drogen ähnlich verhalten.

Wie könnte eine solche Legalisierung aussehen?

Der Regierung der USA unterstehen Institutionen, die große Erfahrungen bei der Herstellung von Drogen haben. Das zeigt zum Beispiel der Beschluss des US-Kongresses zur kontrollierten Nutzung von Opiaten aus den vierziger Jahren. Seither hat man die Methoden zu Herstellung von Opium und Morphin weiterentwickelt. Man weiß genau, wie man gewisse Substanzen lagert und vertreibt. Wenn der Konsum straffrei würde, würde dies die Gewinne drastisch reduzieren, die deshalb exorbitant sind, weil sich Angebot und Nachfrage in der Illegalität organisieren. Dies würde die korrumpierende Macht der multinationalen kriminellen Unternehmen enorm schwächen.

Welche Veränderungen gibt es beim Vertrieb illegaler Drogen?

Die alten Kartelle, die früher von einer Hand voll Männern geleitet wurden, haben sich zu internationalen kriminellen Unternehmen mit hochmodernen Verwaltungssystemen entwickelt. Außerdem bilden die kriminellen Gewinne längst eine einflussreiche Größe im US-amerikanischen Wirtschaftskreislauf. Gibt es ein besseres Mittel, Geld zu waschen, als Schatzanweisungen der USA zu kaufen?

Der mexikanische Präsident Felipe Calderón hat eine militärische, polizeiliche und strafrechtliche Großoffensive gegen die Drogenhändler begonnen. Wie beurteilen Sie die?

Seit der Präsidentschaft von José Lopez Portillo in den siebziger Jahren ist Mexiko ein »Narcostaat«; ein Staat, in dem die Drogenkartelle eng mit den Behörden zusammenarbeiten und sogar Abgeordnete stellen. Politiker, Polizisten und Richter sind Bestandteile der kriminellen Machenschaften. Gleichwohl bewegen sich die großen kriminellen Unternehmen inzwischen außerhalb der staatlichen Kontrolle und befolgen kaum die »Empfehlungen« aus dem Staatsapparat.

Noch bis Anfang der neunziger Jahre kooperierten sie eng mit dem mexikanischen Staat, was unter strikten Regeln erfolgte, vor allem wenn es um die Produktion für den Export in die USA ging. Diese Zeiten sind vorbei, weil der Polizei die »Lizenz zum Töten« entzogen wurde, mit der sie bis dahin auf gewaltsame Weise Dissidenten ausschalten konnte. Heute lebt ein Polizist gefährlicher als ein »Narco«.

Präsident Calderón will künftig noch enger mit der US-Regierung in der Drogenpolitik kooperieren. Was bedeutet das?

Solange es in den USA eine große Nachfrage gibt, wird Mexiko im Geschäft bleiben. Aber der mexikanische Staat antwortet auf diese Realität fast ausschließlich mit juristischen und polizeilichen Mitteln. Dabei wären weiter reichende Maßnahmen nötig, angefangen bei der Gesundheitspolitik über Mechanismen der Strafverfolgung bis zur Arbeitsweise des Geheimdienstes. In Mexiko sagt man: »Wer nicht alle Scheiße ans Licht bringt, ist dazu verurteilt, sie zu schlucken.« Und der mexikanische Staat hat Jahrzehnte lang seine eigenen Ausscheidungen geschluckt. Für grundlegende Veränderungen bedarf es mehr Transparenz und einer institutionellen und öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Problem.

Das gegenwärtige militärische Vorgehen halten Sie für falsch?

Es wird nur gegen einzelne Zellen des Drogenhandels vorgegangen. Aber wenn schon Repression, dann müsste sie die ökonomischen Strukturen der internationalen Unternehmen angreifen. Einzelne Kapos festzunehmen, genügt nicht, man müsste an das Kapital der kri-

minellen Unternehmen herankommen, an ihre Helfer und an die, die ihnen politische Protektion gewähren.

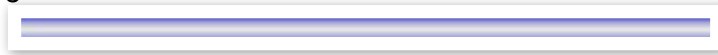
Das hört sich nach noch mehr gewaltsamen staatlichen Einsätzen an. So mancher mexikanische Kritiker beklagt bereits jetzt, dass der »Kampf gegen die Drogen« zu einer weiteren Militarisierung des Landes führe.

Solche Entscheidungen sollte keine Regierung unabhängig von der Gesellschaft treffen, sondern die Debatte darum öffentlich führen. Dazu bedarf es mehr politischer Phantasie und einer energischen Reaktion der Gesellschaft selbst. Soziale Ächtung ist vielleicht noch wichtiger als die eigentliche Strafverfolgung. Auch eine geheimdienstliche Erforschung der vielfältigen Tätigkeitsfelder der kriminellen Unternehmen und ihrer Korruptionspraktiken scheint mir unumgänglich.

Auch eine gesellschaftliche Antwort auf den Drogenhandel bedarf also repressiver staatlicher Mittel?

Ja, vor allem was die mit dem Drogenhandel verbundenen Geschäfte wie Waffenschmuggel und Geldwäsche angeht. Aber es muss auch endlich ein bisheriges Tabu angegangen werden, nämlich die Legalisierung von Drogen, vor allem in den USA und in anderen Abnehmerländern. Das wäre zumindest ein Anfang, um dem kriminellen Drogenhandel und dem organisierten Verbrechen etwas entgegenzusetzen.

16.05.07 - © Jungle World



### »Jede Drogenpolitik ist sinnlos«

Drogen finanzieren Regierungen, Revolutionäre und Konterrevolutionäre.  
Ein Gespräch mit Howard Marks

Vom Drogenexperten Howard Marks sind zwei neue Bücher auf deutsch erschienen, die er kürzlich auf Lesereise vorstellte. Der frühere Haschischhändler arbeitete sowohl mit der Mafia, der IRA als auch der CIA zusammen. 1988 wurde Marks in Spanien verhaftet, in die USA ausgeliefert und dort zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt. 1995 vorzeitige Abschiebung nach England. 1996 wurde er mit seiner Autobiographie »Mr. Nice« zum Kultautor der Bewegung für Cannabis-Legalisation.

*Welche ökonomische Bedeutung hat der Drogenmarkt?*

Vom Umsatz her betrachtet sind Drogen wirtschaftlich so bedeutend wie Waffen, Autos oder Öl.

*Hat sich der Cannabismarkt in den letzten 30 Jahren verändert?*

Die Struktur ist im wesentlichen gleich geblieben. Aber der Preis pro Kilo hat sich seitdem verändert. Es wird mehr Skunk und Marihuana geraucht, das heißt, mehr Homegrown-Stoff. Daher bekommen heute nicht mehr die Schmugglerorganisationen das ganze Geld, sondern einen Teil die Vertriebsorganisationen. Allgemein ist das Klima gewalttätiger geworden. Die Schmuggler haben aufgehört zu rauchen. Schmuggel wird heute von Leuten betrieben, die nicht kiffen. Wohingegen die Leute, die anbauen, für gewöhnlich rauchen. Daher ist die Qualitätskontrolle von Marihuana viel besser als beim Haschisch. Und das erklärt auch den

Preis: Für Gras ist er hoch und für marokkanisches Haschisch niedrig. Haschisch ist immer noch ein Importprodukt – hauptsächlich aus Marokko, ein bißchen aus Afghanistan, Indien und Pakistan.

*Welches Land ist Ihrer Ansicht nach am meisten durch Drogen beinflusst?*

Die USA.

*Aber die USA führen doch seit langer Zeit einen »Krieg gegen Drogen«?!*

Na ja, jedenfalls sind sie diejenigen, die strafen. Sie sind der internationale Blockwart, vermutlich, weil sie auf diese Weise mehr Geld aus Drogen rausziehen können. Die Antidrogenbehörde der USA, die DEA (Drug Enforcement Agency) und die CIA verdienen an der Illegalität von Drogen. Sie haben jeden Grund, dafür zu sorgen, daß die Nachrichten über Drogen einem Feindbild entsprechen, gegen das sie uns vorgeblich verteidigen. Geheimdienste benutzen den Drogenmarkt, um die Mittel, die sie einsetzen, wieder an sich zurückfließen zu lassen. Sie machen Geld durch Drogen, um Antiterrormaßnahmen zu finanzieren. Auf die gleiche Art machen Terroristen Geld aus Drogen, um ihre Kämpfe zu finanzieren. Drogen finanzieren Regierungen, Revolutionäre und Konterrevolutionäre. Praktisch finanzieren sich alle durch Drogen.

Und die Vereinten Nationen sorgen dafür, daß Drogen illegal bleiben. Sie sagen: »Wenn ihr ein Mitglied der UN sein wollt, müßt ihr Drogen illegal halten.«

*Aber es gibt doch Unterschiede bei den nationalen Drogengesetzen?*

Wenn ein Land Mitglied der UN ist, muß es Drogen für illegal erklären. Das jeweilige Strafmaß kann das Land selbst bestimmen. Die gleiche Tat wird in den Niederlanden nicht geahndet, aber in Singapur hängen sie dich dafür auf. In den Niederlanden wird Kiffen nur nicht bestraft, das ist alles. Aber das heißt nicht, daß man Cannabis an einen Coffee-Shop verkaufen dürfte. Legalisieren würde heißen, das Gesetz zu ändern. Sie können das Gesetz aber nicht ändern, solange ein Land Mitglied in der UN ist.

*Warum ist eine Kontrolle des Drogenmarktes so schwierig?*

Weil Menschen Drogen nehmen wollen. Es gibt eine enorme Nachfrage. Auch ist es unmöglich zu verhindern, daß Drogen angebaut werden, weil sie natürlich nachwachsen. Außerdem wollen die Menschen sie anbauen. Man wird das Problem nicht in den Griff bekommen, solange man nicht zu den Mitteln eines ultraextremen Polizeistaats greift, der wirklich jeden umbringt, der Drogen nimmt.

*Bewirken Drogen tatsächlich eine Störung der öffentlichen Ordnung?*

Das haben sie bereits dadurch getan, daß sie illegal sind. Die Drogen-Prohibition hat die öffentliche Ordnung nachhaltig gestört. Die Prohibition bedeutet keine Kontrolle des Drogenmarkts, sondern dessen Ausweitung. Die Prohibition führt zu unkontrolliertem Hausieren mit verfälschten Substanzen. Die Prohibition ist ein extrem gefährliches soziales Experiment, das so schnell wie möglich abgebrochen werden sollte. Sie hat nie richtig funktioniert und wird nie funktionieren. Die Auswirkungen sind verheerend: Menschen gehen ins Gefängnis, verlieren ihre Jobs, es gibt Tote.

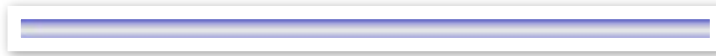
*Was würde eine Legalisierung bedeuten?*

Es würde weniger Gangster und mehr Arbeitsplätze geben. Der Drogenkonsum könnte reguliert werden. Qualitätskontrollen würden für einen sicheren und sauberen Konsum sorgen. Der Staat könnte seine Steuereinnahmen steigern.

Allerdings müsste eine Regierung gewählt werden, die bereit ist, aus der UN auszutreten. Das wäre der einzig logische Schritt für ein Land, das Drogen legalisieren möchte. Das wiederum ist eine Position, die keine politische Partei bisher anbietet. Und das ist der Grund, warum Drogen immer noch nicht legal sind. Menschen aber scheinen Drogen zu mögen. Ich sehe keinen Grund, warum man sie dazu bringen sollte, sie nicht zu mögen. Jede Drogenpolitik ist sinnlos. Aber das ist nicht der Fehler der Regierungen, weil sie an die UN-Deklarationen gebunden sind.

Howard Marks: Senior Nice. Edition Steffan Verlag, Köln 2006, 352 Seiten; 14,90 Euro; ders.: Dope Stories, Edition Steffan, Köln 2006, 190 Seiten, 9,90 Euro

06.06.07 - © *Junge Welt*



### **EU-Drogenkoordinatoren: „Mehr Vernetzung bei der Suchtbekämpfung“**

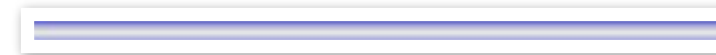
Berlin - Bei der Drogenbekämpfung in Europa „einen entscheidenden Schritt von der Koexistenz zur konkreten Kooperation voranzukommen“ hat die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Sabine Bätzing, anlässlich eines Treffens der nationalen Drogenkoordinatoren am 14. und 15. Mai in Berlin gefordert.

Der Exekutivdirektor des United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC), Antonio Costa, der Direktor der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogensucht und Drogen, Wolfgang Götz, und andere waren sich auf dem Treffen darin einig, dass die Kooperation und Koordinierung der europäischen Drogenpolitik auf einem hohen Niveau erfolge. Dennoch seien Verbesserungen notwendig. Costa: „Besonders die Forschungslage muss dringend verbessert werden. Wir müssen mehr über die Ursachen der Sucht in Erfahrung bringen und dieses Wissen für die Beratung und Behandlung nutzen.“

Der Exekutivdirektor schlug den EU-Drogenkoordinatoren vor, eine zentrale europäische Suchtforschungsstelle nach amerikanischem Vorbild einzurichten oder die bestehenden Einrichtungen zu einem europäischen Suchtforschungsverbund zu vernetzen. Außerdem soll das von den Vereinten Nationen initiierte weltweite Netzwerk „treat.net“ ausgebaut werden.

Dieses Projekt sorgt für den Austausch der unterschiedlichen Behandlungsansätze in den verschiedenen Ländern. Das Netz soll auf mehrere tausend Einrichtungen erweitert werden.

15. Mai 2007 - © *hil/aerzteblatt.de*



### **Regulierungsüberdosis**

Peter Mühlbauer 13.05.2007

Der Fall eines Marihuana konsumierenden Polizisten zeigt, wie sehr Rechtsordnung und Alltagswirklichkeit in den USA mittlerweile auseinanderklaffen

Was bisher eher als Verschwörungstheorie kursierte, bestätigte (1) sich nun in Dearborn, Michigan: Ein Polizist beschlagnahmte Marihuana bei einem Verdächtigen - nur um es dann selbst zu konsumieren.

Ans Licht kam der Vorgang, weil der wenig erfahrene Polizist nach dem Konsum eine "Überdosis" an Marihuana-Brownies befürchtete und daraufhin die amerikanische Notrufnummer 911 wählte. Der Beamte war offenbar sehr verwirrt über Verschiebungen in der Zeitwahrnehmung und fürchtete, das im Fernsehen laufende Spiel der Red Wings nur zu halluzinieren. Eine Aufnahme (2) dieses etwa fünfminütigen Anrufs kursiert mittlerweile im Web.

### Umsatzstärkstes Agrarprodukt

Der Konsum von Marihuana ist in den USA ausgesprochen verbreitet, wird aber trotzdem extrem hart bestraft. In den 1960er Jahren lieferte das Marihuana-Verbot auch Material für die Entwicklung von Verschwörungstheorien und einer grundsätzlichen Staatskepsis. Der Schriftsteller Ed Sanders nannte es neben der Sexualität den maßgeblichen Grund für das Wachsen der Gegenkultur.[1]

Die 80er und 90er Jahre verstärkten den Graben zwischen dem Rechtsempfinden breiter Bevölkerungsschichten und der juristischen Bewertung durch die amerikanische Bundesregierung. Der Anteil von Marihuanakonsumenten an der Bevölkerung ist in den USA mittlerweile doppelt so hoch wie in den Niederlanden. Ein Drittel aller US-Amerikaner kam schon mit Marihuana in Berührung. Dabei war es zu Anfang des 21. Jahrhunderts nicht mehr nur die Boheme, in der Marihuana konsumiert wurde: Auch bei Finanzdienstleistern und in Rechtsanwaltskanzleien fand das Produkt regen Absatz.[2] Aus der amerikanischen populären Kultur ist Marihuana nicht mehr wegzudenken - seien es Lobgesänge auf "The Chronic" (3) und "Cheeba" (4) im Hip Hop, Simpsons-Episoden (5) oder der durchaus beiläufige Konsum im durchschnittlichen Collegefilm. Auch in YouTube finden sich zahlreiche selbstgemachte Videos in denen stolz Zustände und Gerätschaften präsentiert werden.

In den letzten 25 Jahren verzehnfachte sich die Marihuanaproduktion in den USA - trotz oder gerade wegen - des "War on Drugs" (6). Mittlerweile ist die Pflanze sogar Amerikas umsatzstärkstes Agrarprodukt (7). DrugScience.org schätzte die Produktion auf jährlich etwa 10.000 Tonnen - was einem Marktwert von 35,8 Milliarden Dollar entspricht. Das ist mehr, als die jährliche Weizenernte wert ist. Kritiker wie Jon Gettman (8) fordern deshalb eine Legalisierung und eine moderate Besteuerung, mit der mögliche Gesundheitsschäden kompensiert werden könnten.

### Verbot durch Steuern

Tatsächlich entwickelte sich auch das bestehende Marihuanaverbot in den USA ursprünglich aus einer Besteuerung. Weil die bundesstaatliche Kompetenz für ein solches Interdikt umstritten war, musste die Regierung zu einem Trick greifen, um es durchsetzen zu können: "a scheme of taxation which would raise revenue and which would also render virtually impossible the acquisition of marihuana [...]" wie der Abgeordnete Reed aus New York ausdrückte. Im Marijuana Tax Act von 1937 belegte der US-Kongress das Genussmittel deshalb mit einer Verbrauchssteuer von 100 \$ die Unze.[3]

Das Protokoll der Anhörung war so dünn, dass es in der Library of Congress in ein Regal rutschte und längere Zeit als verschollen galt [4] - was wiederum Platz für Verschwörungstheorien schuf. In der Anhörung hatte sich die amerikanische Ärzteverband American Medical Association (AMA) gegen das Gesetz ausgesprochen.[5] Trotzdem wurde die Beschlussvorlage an den Kongress weitergeleitet und dort in der Ära vor Einführung der Klimaanlage

im Hochsommer recht eilig verabschiedet. Die negative Stellungnahme der AMA wurde in der recht kurzen Debatte einfach unterschlagen.[6] Weil Angeklagte sich in Strafprozessen auf relativ simple Weise eines Teils ihrer Verantwortung entledigen konnten, indem sie sich auf eine angebliche Beeinträchtigung des freien Willens durch die verbotene Substanz beriefen, war die Saat für eine stetige Verschärfung der Gesetze gelegt: Viele Prozesse entwickelten sich unter reger Pressebeteiligung zu öffentlichen Spektakeln, in denen nicht nur die Staatsanwälte und Richter viel allgemeines über die schrecklichen Wirkungen des Marihuana-Konsums zu sagen hatten, sondern in dem auch Angeklagte - mitgerissen von der Hysterie oder in Erwartung eines mildereren Urteils - auf blumige Weise recht unwahrscheinliche Wirkungen der "Teufelsdroge" schilderten.[7]

## LITERATURANGABEN

[1] Zit. Nach Kaiser, Rolf-Ulrich: Underground? Pop? Nein! Gegenkultur! Berlin: Kiepenheuer und Witsch 1969, S. 19

[2] Kreye, Andrian: Frühling für Dealer. In: Süddeutsche Zeitung, 8. Mai 2000, S. 17

[3] 75. US-Kongress, Repräsentantenhaus. Congressional Record 81, Session 1, Teil 5 (14. Juni 1937): Excise Tax on Dealers in Marihuana. S. 5689-5692, hier: S. 5689

[4] Whitebread, Charles: The History of the Non-Medical Use of Drugs in the United States (9). Vortrag auf der Jahreskonferenz der California Judges Association, 1995

[5] Bonnie, Richard und Charles Whitebread: The Forbidden Fruit and the Tree of Knowledge. An Inquiry Into the legal History of American Marijuana Prohibition. In: Virginia Law Review 56 (6/1970), S. 971-1203, hier: S. 1052

[6] 75. US-Kongress, Repräsentantenhaus. Congressional Record 81, Session 1, Teil 5 (14. Juni 1937): Excise Tax on Dealers in Marihuana. S. 5689-5692, hier: S. 5689 und Teil 7 (26. Juli. 1937): Tax on Marihuana. S. 7624-7625, hier: S. 7625

[7] Bonnie, Richard und Charles Whitebread: The Forbidden Fruit and the Tree of Knowledge. An Inquiry Into the legal History of American Marijuana Prohibition. In: Virginia Law Review 56 (6/1970), S. 971-1203, hier: S. 1095

## LINKS

- (1) [http://www.courttv.com/news/2007/0510/pot\\_ap.html](http://www.courttv.com/news/2007/0510/pot_ap.html)
- (2) [http://media.freep.com/audio/2007/0510potcop\\_freep.mp3](http://media.freep.com/audio/2007/0510potcop_freep.mp3)
- (3) [http://www.youtube.com/watch?v=pkVzhl\\_Yaxo](http://www.youtube.com/watch?v=pkVzhl_Yaxo)
- (4) <http://www.youtube.com/watch?v=GvEJV-u27TY>
- (5) <http://www.youtube.com/watch?v=yvEuySGfuEc>
- (6) [http://en.wikipedia.org/wiki/War\\_on\\_Drugs](http://en.wikipedia.org/wiki/War_on_Drugs)
- (7) <http://news.bbc.co.uk/2/hi/americas/6193073.stm>
- (8) [http://en.wikipedia.org/wiki/Jon\\_Gettman](http://en.wikipedia.org/wiki/Jon_Gettman)
- (9) <http://www.druglibrary.org/schaffer/History/whiteb1.htm>

Telepolis Artikel-URL: <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/25/25274/1.html>

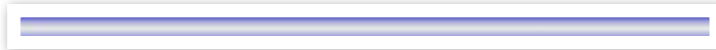
## **Experten: Jugendliche konsumieren zu früh und zu viele Drogen**

Junge Menschen in Deutschland konsumieren nach Ansicht von Suchtexperten zu früh, zu viel Alkohol und Drogen. Rund fünf Millionen Jugendliche gelten als suchtgefährdet, sagte der Geschäftsführer des Fachverbandes Drogen und Rauschmittel (fdr), Jost Leune, am Montag auf dem Bundesdrogenkongress in Mainz.

Mainz (ddp). Junge Menschen in Deutschland konsumieren nach Ansicht von Suchtexperten zu früh, zu viel Alkohol und Drogen. Rund fünf Millionen Jugendliche gelten als suchtgefährdet, sagte der Geschäftsführer des Fachverbandes Drogen und Rauschmittel (fdr), Jost Leune, am Montag auf dem Bundesdrogenkongress in Mainz. Diese Zahl sei deshalb bedenklich, weil die Betroffenen ein hohes Risiko für spätere Suchterkrankungen aufwiesen. So gelte es als erwiesen, dass Alkohol- und Tabakkonsum von unter 14-Jährigen einen späteren illegalen Drogenkonsum begünstige. Leune forderte daher den Aufbau einer bundesweiten, systematischen Zusammenarbeit zwischen Jugend- und Suchthilfe. Die Verantwortlichen in Bund, Ländern und Gemeinden forderte Leune auf, die nötigen Finanzmittel zur Suchthilfe zur Verfügung zu stellen. Geldmangel dürfe «kein Argument sein, wenn es darum geht, jungen Menschen eine lebenswerte Umwelt zu schaffen und ihnen bei Problemen Hilfe zu geben». Leune warnte zugleich vor einem steigenden Konsum von Cannabis und Amphetaminen, insbesondere unter Jugendlichen. Dem Fachverband zufolge hat rund ein Viertel aller Deutschen Erfahrungen mit Drogen. 3,4 Millionen hätten in den vergangenen 12 Monaten Drogen konsumiert, 1,2 Millionen in den vergangenen 30 Tagen. Auf dem 30. Bundesdrogenkongress diskutieren bis Dienstag rund 250 Teilnehmer über praktische Drogenhilfe. Im Mittelpunkt der zweitägigen Fachtagung, die jährlich ausgerichtet wird, stehen in diesem Jahr Handlungsansätze und Methoden in der Suchthilfe.

(ddp)

14.05.2007 - © PR-inside.com



## **Kriminalität: Drogen-Prozess im Vatikan**

Zum ersten Mal in der Geschichte des Vatikans fand in dem Kirchenstaat ein Drogen-Prozess statt. In dem Verfahren war ein Mitarbeiter angeklagt, in dessen Arbeitszimmer 87 Gramm Kokain entdeckt wurden.

Rom - Es sei nicht einfach gewesen, in dem Prozess zu einem Urteil zu kommen, berichtete die Zeitung "La Repubblica": Die noch heute geltenden Gesetze im kleinsten Staat der Welt stammen aus dem Jahr 1929 und wurden seither nur wenige Male aktualisiert. Spezifische Regeln zu Drogenbesitz oder -handel seien dort nicht vorgesehen, hieß es.

Nach einer mehrstündigen Debatte sei der Richter trotzdem zu einem Urteil gekommen und habe den Mann zu vier Monaten Haft verurteilt. Bereits vor wenigen Tagen war er entlassen worden, nachdem er sich wegen anderer Vergehen außerhalb der Vatikanmauern auch vor einem italienischen Gericht verantworten musste.

(tso/dpa)

08.05.07 - © Die Zeit

## Steuermehreinnahmen In Folge einer Legalisierung von Cannabis

Gesundheit/Kleine Anfrage

Berlin: (hib/MPI) Die Linksfraktion interessiert sich für mögliche Steuermehreinnahmen In Folge einer Legalisierung von Cannabis. Sie verweist dazu in einer Kleinen Anfrage (16/5041) auf Angaben des Deutschen Hanf-Verbandes, wonach eine Cannabislegalisierung zu mindestens 530 Millionen Euro direkten Steuereinnahmen in Deutschland führen würde. Die Abgeordneten wollen auch wissen, wie viel der Staat für die Strafverfolgung bei Cannabis sowie für Prävention und Behandlung in diesem Bereich ausgibt.

25.04.07 - Deutscher Bundestag

[http://www.bundestag.de/aktuell/hib/2007/2007\\_106/09.html](http://www.bundestag.de/aktuell/hib/2007/2007_106/09.html)

## Niederlande

### Coffeeshops machen dicht

Dichter Qualm und süßlicher Geruch liegen in der Luft. In der Ecke thront ein Porzellan-Buddha mit einem Joint in der Hand. Daneben steht eine Holztheke. Sie ist das Herz des Coffeeshops "De Molen" im niederländischen Enschede. Hier, wenige Kilometer von der Grenze zu Deutschland, werden weiche Drogen wie Haschisch und Marihuana offen verkauft. Das lockt Drogentouristen an. Doch mit der grenzenlos liberalen Drogenpolitik ist es in den Niederlanden vorbei, viele Shops mussten schließen. Allein in der 155.000-Einwohner-Stadt Enschede sank die Zahl seit 1999 von 17 auf neun. Rückgänge verzeichnen auch Maastricht und Arnheim.

"Es ist ein Fakt, dass viele Deutsche wegen der Coffeeshops zu uns kommen", sagt Michael Haase, Sprecher der Stadt Enschede. Das zeigt auch die Lage vieler Läden. "300 Meter hinter dem Schlagbaum steht der erste Shop", schildert der Leiter der Drogenberatungsstelle im westfälischen Grenzort Gronau, Franziskus Siegers. Das jedoch ist nicht im Interesse der Kommunen und der niederländischen Regierung. So beklagt das Außenministerium in einer Broschüre, dass Shops in von Drogentouristen besuchten Grenzregionen "häufig" zu Problemen führen. Und auch Haase kennt aus Enschede Fälle, in denen Passanten belästigt wurden.

Deswegen sollte die Zahl der Läden reduziert werden. Seit 1999 dürfen niederländische Kommunalpolitiker sogar Läden schließen, ohne dass es zu Störungen oder Belästigungen gekommen ist. "In der Drogenpolitik herrscht über die Parteigrenzen hinweg Einigkeit", sagt Haase. Das bestätigt auch Christoph Bönig, Sprecher des grenzüberschreitenden Netzwerks Euregio: "Niederländische Kommunalpolitiker sehen den Drogentourismus kritisch und haben die Zügel angezogen." Dieser Kurswechsel schlägt sich landesweit in Zahlen nieder: Der aktuellste Drogenreport des Trimbos-Instituts in Utrecht verzeichnete von 1997 bis 2004 einen Rückgang der Coffeeshops von insgesamt 1.179 auf 737.

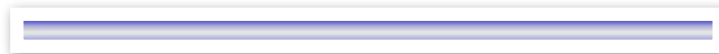
Das "De Molen" hat die Schließungswelle überstanden und verkauft sieben Sorten Marihuana. Die günstigste heißt "Ketama", 0,8 Gramm sind für fünf Euro zu haben. "Sie können zwischen vielen Geschmacksrichtungen und Stärken wählen", erklärt eine Verkäuferin. In der Regel kommen 50 Kunden pro Tag. An guten Tagen können es auch 100 sein, zum Beispiel vor Feiertagen. Die Zahl der Deutschen und Niederländer im "De Molen" ist etwa gleich hoch. Bis zu fünf Gramm weicher Drogen dürfen hier pro Person verkauft werden. Dazu ge-

hören die Cannabis-Produkte Marihuana und Haschisch. Maximal 500 Gramm davon dürfen die Coffeeshops auf Lager haben.

Der Begriff weiche Drogen ist irreführend. Ihre Wirksamkeit hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Entscheidend ist der Gehalt an Tetrahydrocannabinol, THC. "Der hat sich von 10 auf bis zu 25 Prozent erhöht", sagt der Leiter der Zolldienststelle in Nordhorn, Heinrich Rabe. Hinzu kommt, dass die Rauschmittel teilweise gestreckt werden. Es entstehen gefährliche Mischungen. "Manchmal kommt sogar Rattengift dazu", erzählt Ulrich Schulze vom Zollfahndungsamt Essen.

Von all diesen Problemen ist im "De Molen" wenig zu spüren. Der Laden füllt sich zur Feierabendzeit. Reihenweise reicht die Verkäuferin kleine Beutel, auf denen eine Cannabis-Pflanze gedruckt ist, über die Theke. Weniger Coffeeshops bedeuten nicht automatisch weniger Drogenkonsum und Drogentourismus. Und auch manch rechtliche Kuriosität hat trotz des politischen Kurswechsels überlebt. So ist den Shops der Transport der Drogen in die Läden verboten. "Wie das Zeug dort hinkommt, bleibt ein Rätsel", sagt Zollfahnder Schulze.

*(Christian Schultz, dpa)*  
24. April 2007



### **Rechtsmediziner Püschel warnt vor Methadon-Schwarzmarkt**

Auch wenn die Zahlen in Hamburg, wie auch im gesamten Bundesgebiet, rückläufig sind: "Das Problem hat weiterhin bedenkliche Ausmaße", sagt Prof. Klaus Püschel, Leiter des Instituts für Rechtsmedizin am UKE. "Die Zahl hat sich bei rund 60 Toten pro Jahr eingependelt. Noch immer sterben mehr Menschen in Hamburg an Drogen als im Straßenverkehr", so sagte Püschel gestern während der Verleihung eines Preises der Lucie-von-Wehren-Stiftung an seinen Kollegen Dr. Axel Heinemann. Mit dem Preis sollen Projekte und Initiativen im Kampf gegen Drogen gefördert werden. Heinemann erhielt den Preis für seine Tätigkeit als Experte im nationalen Knotenpunkt der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht. Dort hatte er die Datenlage zu Rauschgift-Todesfällen in Hamburg und im Bund zusammengetragen und den deutschen Beitrag zur europäischen Harmonisierung der Todesfallerfassung koordiniert.

Püschel wies aus diesem Anlass darauf hin, dass die Zahl der Konsumenten in Hamburg nach wie vor hoch sei. Nach Schätzungen konsumieren etwa 10 000 Personen regelmäßig illegale Drogen. 53 Menschen starben im Jahr 2006 nach der Aufnahme von Heroin oder Drogen-Gemischen. Im Jahr 1991 waren es noch 185. Verantwortlich für den Rückgang ist laut Püschel unter anderem die kontrollierte Methadon-Behandlung. Doch sie birgt offenbar Gefahren: Bei 63 Prozent der Drogentoten des Jahres 2006 wurde neben Heroin auch Methadon im Blut nachgewiesen. Das liege, so Püschel, daran, dass sich viele Süchtige das Substitutionsmittel auf dem Schwarzmarkt besorgen und sich quasi selbst und unkontrolliert verabreichen. Diese Art der Eigenmedikation sei schwer in den Griff zu bekommen. Püschel: "Wir müssen darüber nachdenken, die Vergabe sogenannter "Take-Home-Dosen", also Methadon-Einheiten zur Einnahme zu Hause, einzuschränken. Viele Süchtige verkaufen das Mittel auf dem Schwarzmarkt, anstatt es wie verordnet über eine Woche verteilt selbst einzunehmen." Es müsse, so Püschel, darüber nachgedacht werden, Methadon nur noch in Arztpraxen oder in Gesundheitsräumen zu verabreichen und so den Schwarzmarkt einzudämmen. Insgesamt jedoch sei die Methadon-Substitution nach wie vor gut geeignet, Süchtigen ein ansatzweise normales Leben zu ermöglichen.

Keine Todesfälle gab es laut Püschel im Rahmen des Heroinvergabe-Modellversuchs. Das spräche für einen Erfolg des Programms. Das Projekt, bei dem Schwerstabhängige Heroin unter staatlicher Kontrolle verabreicht bekommen, sei qualitativ mindestens mit der Methadon-Substitution vergleichbar. *jel*



*Portionieren von Methadon*

*erschienen am 3. April 2007 - © Hamburger Abendblatt*

## **Dialektik der Drogen**

Rauschmittel gehören zum hedonistischen Lifestyle. So lautet die etwas simple Botschaft des Almanachs »Breites Wissen«. von Uli Krug

Das Drogenkompendium »Breites Wissen« gleicht einem verkoksten Toilettengespräch. Es ist ebenso unzusammenhängend wie allumfassend. Jedenfalls fehlt nahezu keine Geschichte und kein Mythos rund um Drogen, wie sie seit Jahrzehnten im Pop-Smalltalk an Kneipentischen oder auf Partys zur Sprache kommen. Akribisch und chaotisch zugleich werden da aufgelistet und katalogisiert: der Kokaingenuss von Sherlock Holmes anhand unzweideutiger Textstellen aus Arthur Conan Doyles Romanen, die Drogentode der Rockmusik von den Kampftrinkern und Drummern John Bonham (Led Zeppelin) und Keith Moon (The Who) bis zum Deadhead schlechthin, dem sowohl von Heroin als auch Kokain abhängigen Jerry Garcia (Gründer von Grateful Dead). Man erfährt die erstaunliche Tatsache, dass Brian Jones, Jimi Hendrix, Alan Wilson (die Stimme von Canned Heat), Janis Joplin und Jim Morrison allesamt mit 27 starben, und bekommt eine Liste der Jazz-Songs aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die unmissverständliche Drogenanspielungen enthalten.

Selbstverständlich wird auch an das Lebenswerk der Hohepriester des Psychedelischen erinnert: An das von Dr. Oscar Janninger beispielsweise, Cousin des Beat-Poeten Allen Ginsberg und in L.A. ansässiger Psychiater, der legendär gewordene LSD-Kuren unter anderem mit Cary Grant durchführte; Aldous Huxley, der literarisch die Droge »Soma« entwarf (»alle Vorteile von Christentum und Alkohol, keiner ihrer Mängel«) fehlt ebenso wenig wie der LSD-Papst Timothy Leary. 1970 wurde er verhaftet, aber von der Stadtguerilla-Organisation »Weathermen« postwendend befreit, um 1972 – von Präsident Nixon als »gefährlichster Mann Amerikas« bezeichnet – auf dem ehemaligen »Hippie Trail« in Afghanistan aufgespürt und wiederum verhaftet zu werden. Dass es in den USA eine Kirche namens Church Of The Toad Of Light geben soll, die zum Zwecke der Erleuchtung zum Drüsensekret der Kröte Bufo avarius greift, ist dabei ebenso ein Highlight in der Rubrik »nutzloses, aber gern gepflegtes Wissen« wie die Aussage, dass Bilsenkraut, Grundbestandteil halluzinogener »Hexensalben«, einst dem Bier beigegeben wurde und der Braustadt Pilsen in Tschechien den Namen gab.

Aber auch handfestes Praxiswissen bieten Ingo Niermann und Adriano Sack: eine Liste mit den absurdesten Drogen-legenden, von denen man selbst sicher auch schon welche vorgelesen bekommen und hoffentlich nicht weiter erzählt hat (wie die vom psychoaktiven Wirkstoff »Bananadin«, die Jahrzehnte lang Oberschüler getrocknete Bananenschalen rauchen ließ); extrem penible Anleitungen zum Herstellen von rauchbarem Opium ergänzen sich mit einer Beschreibung der bewährtesten Drogenschmuggelmethoden.

Augenzwinkernd wird dargelegt, welche Darreichungsform von Alkohol am dicksten macht, nämlich Beck's Alkoholfrei. Das Getränk führt die Liste mit 60 Kilokalorien pro Gramm Alkohol an, während Whisky mit einem Zehntel dieser Menge fast schon als Diät-drink daher kommt. Falt-, Bau- und Wickelanleitungen für jede auch nur entfernt denkbare Art, Haschisch zu rauchen, sind sowieso obligatorisch.

Das Autorenduo bietet also beste Unterhaltung und obendrein für die Interessierten ein Konzentrat dessen, was sie sich ansonsten aus diversen Schmökern im örtlichen Headshop an Kenntnissen in Pharmakologie, Kräuterkunde, Gartenbau und Küchenrezepten zusammenklauben müssten. Ein gelungenes Buch, jedenfalls fast. Denn das am Schluss präsentierte »Toxikologische Manifest« ist ernst gemeint und damit leider missraten. Darin wird zu Recht das »Ende der großen Epoche der romantischen Drogensucht« postuliert (mit deren Episoden Niermann und Sack den Großteil des Buches bestritten haben); zu Recht verwerfen die Autoren nochmals die Vorstellungen quasi-religiöser Transzendenz, die an Drogen wie LSD einst haften, und stellen eben-so zu Recht fest, dass eine Integration illegaler Drogen in die Lebensroutine vieler längst stattgefunden hat, dass Drogen Teil banaler Alltags- und Entspannungsrituale sind (das »menschliche Rauschbedürfnis« stelle »einen vierten Trieb nach Nahrung, Schlaf und Sex« vor, heißt es dort).

So richtig es aber ist, gerade in Zeiten grassierender Raucherhetze, darauf hinzuweisen, dass ein Leben ohne Rausch inhuman ist – so falsch ist es, das, was zweifelsfrei Spaß macht, auch gleich reflexhaft für harmlos zu erklären: Die heutigen Drogennutzer »ballern sich einfach gelegentlich weg, um abzuschalten oder endlich mal richtig aufzudrehen. Noch mehr als mit dem Paradies hat der Rausch für sie mit einer jüngeren zivilisatorischen Errungenschaft gemein: dem Urlaub. Ob als Extremsportabenteuer, als Entdeckungsreise oder bloßes Totschlagen von Zeit – Drogen versprechen einen wenige Stunden langen Abstecher in eine fremde, abwechslungsreiche Welt. Und alle Freunde kommen mit.«

Das aber nun ist, wenn man so will, bloß die säkularisierte Variante der Drogeneuphorie eines Allen Ginsberg, der einst den Weltfrieden mit obligatorischer LSD-Beimischung zum Leitungswasser erreichen wollte. Niermann/Sack wären hingegen schon zufrieden, wenn es nur

aus den Hähnen der All-Inclusive-Ferienanlage flösse – beide Vorstellungen verschließen jedoch in schöner Eintracht die Augen vor den Nachtseiten des Rausches – die nachzuweisen wiederum der nächsten puritanischen Kampagne umso leichter fällt, die dann wieder den Rausch als solchen und alle ihn unterstützenden Substanzen zum Teufelswerk erklärt. Hedonismus und Puritanismus befinden sich solcherart in einem redundanten Zirkel.

Denn der Drogenrausch ist beides, eine Lebensnotwendigkeit und trotzdem keineswegs un-gefährlich – und das nicht nur in physischer Hinsicht. Er zielt auf Enthemmung, auf halluzinatives Verlassen der Körpergrenzen, auch auf Rückkehr ins Nichts (Freuds »ozeanisches Gefühl«), reine Selbstbezüglichkeit, Risiko ohne Angstempfinden, eingebildete Omnipotenz, Ignoranz gesetzter Schranken. So befreiend und nötig solche Episoden sein mögen, so nah haben sie als Sucht auch am seelischen Grauen gebaut. Wie denn aber die subjektiven und gesellschaftlichen Bedingungen beschaffen sein müssten, um einen mündigen Umgang mit gefährlichen Dingen zu ermöglichen, diese Frage stellt sich das Autorenduo nicht.

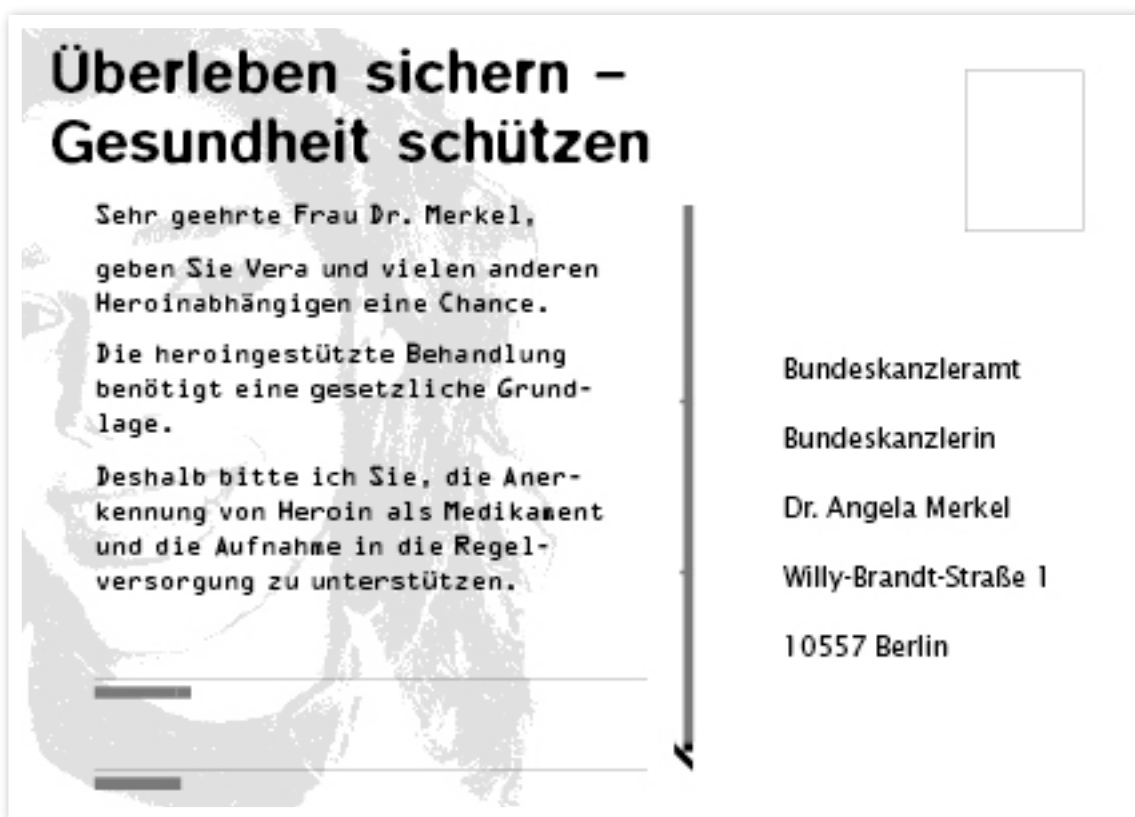
*Ingo Niermann/Adriano Sack: Breites Wissen. Die seltsame Welt der Drogen und ihrer Nutzer. Eichborn, Frankfurt 2007, 180 S., 14,90 Euro*



Unten ist die gemeinsame Rückseite aller vier Kartenmotive abgebildet. Diese Postkarten sollen von möglichst vielen unterschrieben und an die Bundeskanzlerin, Frau Dr. Merkel geschickt werden.

Bestellt werden können die Postkarten unter der Anschrift:

Deutsche AIDS-Hilfe  
z.Hd. Dirk Schäffer  
Dieffenbachstrasse 33  
10967 Berlin  
FAX: 030 690087 42  
Mail: [Dirk.Schaeffer@dah.aidshilfe.de](mailto:Dirk.Schaeffer@dah.aidshilfe.de)





## **Protokoll Runder Tisch Westschiene 1/07 und Vorstandssitzung JES NRW e.V.**

**am 18. April 2007 von 13-18 Uhr in der Aidsinitiative Bonn**

### **Anwesende:**

- Christa Skomorowsky, JES Bonn/JES NRW
- Renate Schröder, JES Hamm
- Alexander Dietsch, JES Wuppertal
- Michael Reimers, JES Wuppertal
- Wolfgang Köhne, JES Wuppertal
- Jochen Lenz, JBK e.V.
- Axel Hentschel, JES Bonn/JES NRW
- Thomas Friedrich, JES Bielefeld/JES NRW
- Mathias Häde, JES Bielefeld/JES NRW
- Rolf P. Kuchler, JES Bonn/Neuwied
- Peter Jülich, JES Bonn
- Gregor Bröker, JES Bonn

Leitung: Mathias Häde

Protokoll: Alexander Dietsch/Mathias Häde

### **Tagesordnung:**

- I. Vorstellungsrunde
- II. Wichtiges aus den Regionen
- III. Vortrag Dr. Wasmuth
- IV. Vorstandssitzung JES NRW

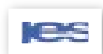
Nach Begrüßung und Vorstellungsrunde berichtete Christa von ihren Erfahrungen mit der Landeskommission. Insbesondere wollen die Mediziner dort „entpönalisieren“, also straffrei stellen, nicht etwa Drogen legalisieren. Insgesamt offenbar keine sehr vielversprechende Sache im Sinne von JES.

Anschließend wurden schnell neugierige Fragen laut, die sich vor allem auf die beiden Neugründungen in Hamm und Neuwied bezogen.

### **Hamm:**

Renate Schröder hat bereits früher einmal dem Netzwerk angehört und sich vor einigen Wochen entschlossen, in Hamm wieder eine JES-Gruppe zu etablieren.

Die örtliche AIDS-Hilfe stellte einen Büroraum zur Verfügung und es wurden schon vielfältige Aktivitäten, etwa über lokale Medien, gestartet, um die Gruppe in Hamm bekannt zu machen. Es stellen sich dort denn auch erste Erfolge ein. Klingt gut. Eine Website für JES Hamm wird demnächst von JES Bielefeld erstellt.



**Neuwied:**

Neuwied liegt südlich von Bonn am Rhein. Direkt gegenüber von Andernach, der Heimat unseres unlängst verstorbenen Kollegen Michael. Auch Rolf geht, wie Renate, diese Neugründung optimistisch an, gibt bei JES Bielefeld bereits eine Homepage in Auftrag, die JES Neuwied mittelfristig dann eigenständig hosten und individuell weiterentwickeln möchte. Rolf war/ist selbständig, hat aber dennoch in nächster Zeit Kapazitäten für die JES-Arbeit, wie er betont. Auch potentielle Interessenten für eine JES-Gruppe in diesem doch eher kleinen Ort seien hinreichend vorhanden, erste Kontakte geknüpft. Rolf betont auch, wie gut ihm schon das kürzlich abgehaltene Einsteigerseminar gefallen habe.

**Köln:**

Jochen berichtet dann noch, dass Marco Jesse aus Bremen die Nachfolge von Bernd Lemke im Junkiebund Köln (JBK) in diesen Tagen antritt und die Arbeit in der Einrichtung derzeit insgesamt recht problemlos ablaufe.

**Bielefeld:**

In Bielefeld wird von der dortigen JES-Gruppe derzeit primär der Fachtag „Was kostet uns das BtmG“ vorbereitet. Der soll am 06.11.07 im Bielefelder Rathaus stattfinden und in die NRW-Suchtwoche eingebunden sein. JES Bi ist hierbei maßgeblich an der Planung beteiligt und erhofft sich reges Interesse an dieser Veranstaltung.

**Wuppertal:**

In Wuppertal steht im „Gleis 1“ inzwischen ein separater Internetanschluss für die dortige JES-Gruppe zur freien Nutzung durch die Gruppenmitglieder bereit. In Person von Michael Reimers war auch ein neues Mitglied von JES Wuppertal bei diesem Runden Tisch anwesend.

Dann war es auch schon 15 Uhr und der medizinische Vortrag konnte beginnen.

**Vortrag Dr. Wasmuth**

Im nun folgenden Vortrag des Dr. Wasmuth „HIV/HCV - Verlauf und Behandlung“ ging es primär um Hepatitis C. Neu war vielen Anwesenden vor allem der sog. „FibroScan“, ein Gerät, welches mittels Ultraschall den Status der Leber erstmals ohne Gewebeprobe ziemlich zuverlässig anzuzeigen vermag. FibroScan versetzt das Organ in Schwingungen - und eine harte, vernarbte Leber schwingt schlicht weniger gut.

Als Entscheidungshilfe, ob eine Therapie mit Interferon angefangen werden soll oder nicht, ist dies Gerät sicherlich eine nicht zu unterschätzende Neuerung.

Nach dem Vortrag entwickelte sich eine kleine Esspause, in der sich formlos weiter über die jeweilige Lage der Gruppen vor Ort ausgetauscht wurde.

Dann sammelte man sich zur Vorstandssitzung JES NRW.

## **Vorstandssitzung Landesverband JES NRW e.V.**

Zunächst wurde kurz und formlos abgestimmt, dass bei dieser nicht unwichtigen VS Gäste aus dem Netzwerk unbeschränkt Zugang haben sollen. Fast alle Anwesenden blieben dann.

Vom Vorstand JES NRW e.V. waren anwesend:

- Christa Skomorowsky, JES Bonn/JES NRW
- Axel Hentschel, JES Bonn/JES NRW
- Thomas Friedrich, JES Bielefeld/JES NRW
- Mathias Häde, JES Bielefeld/JES NRW

Den einzigen TOP stellte unser Etat 2007 und dessen Umsetzung in bestimmten Details.

### Adressaktualisierung

2x jährlich soll Ruth Steffens in der AIDS-Hilfe NRW über eine schriftliche Anfrage die Adressen der JES-Gruppen und -Menschen überprüfen und so die Dateien aktuell halten.

### Rundbrief

Die Zeitungsartikel und anderes Relevantes stellt Mathias als PDF zusammen und erhält für das Info innerhalb der nächsten 2 Wochen aus Hamm und Neuwied Berichte über diese beiden Neugründungen.

Die Dateien werden dann in Köln ausgedruckt und gebunden. Diese Arbeit soll Sabine Lahmert machen, die gerade mit Marco nach Köln gezogen ist. Anschließend wird der Rundbrief an die bekannten Adressen im Land verschickt.

Mathias regt an, den Umfang des bisher von Imke gefertigten Rundbriefs erheblich zu reduzieren und dafür eine größere Auflage zu drucken. Dem wird allgemein beigepllichtet.

### Runde Tische

Es werden in 2007 vier Runde Tische durchgeführt. Der nächste soll am 14.06. in Duisburg stattfinden, um dort evtl. Impulse zur Neugründung einer Gruppe zu geben.

### Kommunikation

Die Pauschale zum Punkt Koordination/Vernetzung soll Mathias erhalten, um seine Kosten für Internet und Telefon zu entlasten.

### Care Packs

Die bewilligten 20000 Care Packs werden in Köln abgepackt von Renate Schröder, Rolf Kuchler, Jochen Lenz und Alexander Dietsch. Sabine Lahmert soll für diesen Job angefragt werden.

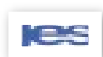
### Treffen mit dem JES-Sprecherrat

Eine der nächsten Vorstandssitzungen JES NRW soll zusammen mit dem Sprecherrat, der sich dann in Köln trifft, am 11.06.07 voraussichtlich im dortigen Ibis Hotel abgehalten werden.

Um 18:30 Uhr wurde die Vorstandssitzung dann beendet.

Für die Leitung: Mathias Häde

Für das Protokoll: Alexander Dietsch und Mathias Häde



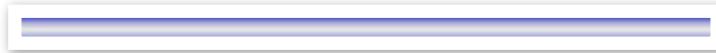
## **Drogen- und Suchtbericht 2007**

Zuallererst: Wie zuletzt 2002 und 2003 fand das JES Netzwerk Erwähnung im Drogen- und auch im aktuellen Suchtbericht der Bundesregierung von 2007.

“Drogenselbsthilfe-Netzwerk JES:

HIV- und Hepatitis-Prävention

Die Deutsche AIDS-Hilfe setzt bei der HIV- und Hepatitis-Prävention auf die Mitwirkung von Peers als „Experten in eigener Sache“. 1989 wurde das Drogenselbsthilfe-Netzwerk JES gegründet. Junkies, Ehemalige und Substituierte sind bundesweit in 30 regionalen Mitgliedsgruppen aktiv. Gemeinsam werden Seminare für Multiplikatoren der Selbsthilfe durchgeführt und Infomaterialien erarbeitet. 2006 wurde u. a. ein Flyer in deutscher, türkischer und russischer Sprache entwickelt, der die wichtigsten Regeln der Infektionsprophylaxe und Risikominimierung vorstellt. Damit werden vor allem jene Drogengebraucher und -innen erreicht, für die der Zugang zu Informationen aufgrund geringer Deutsch- oder Lesekenntnisse erschwert ist. [www.jes.aidshilfe.de](http://www.jes.aidshilfe.de)”



### **Pressemitteilungen**

#### **JES NRW zum Drogenbericht 2007 der Bundesregierung**

Zur Vorstellung des aktuellen Drogen- und Suchtberichts 2007 erklärt der Landesverband JES NRW e.V. (JES = Junkies, Ehemalige, Substituierte):

Die Tatsache einer erneut gesunkenen Zahl von Drogen(prohibitions)toten ist zwar als tendenziell erfreulich zu werten, sie täuscht allerdings allzu leicht darüber hinweg, dass es noch immer vieles anzufassen gilt.

So handelt es sich beim erzielten Kompromiss zum Thema heroingestützte Therapie, wie Mathias Häde, Vorstandsmitglied von JES NRW betont, lediglich um eine Minimallösung. Aufgrund des politischen Widerstands -vor allem aus den Reihen der Union- sei es den beteiligten Wissenschaftlern nicht gelungen, eine fachlich optimale Versorgung mit medizinisch reinem Heroin (Diamorphin) auch für einen erweiterten Kreis von Abhängigen perspektivisch zu sichern, so Häde weiter.

Es bleibt, nicht zuletzt im Interesse vieler Abhängiger, zu hoffen, dass die Große Koalition aus CDU und SPD sich des Gesetzentwurfs der Oppositionsparteien zur heroingestützten Therapie annimmt und diesen sinngemäß und zügig umsetzt.

Hier ist vor allem die SPD gefragt, die, nach unserem Dafürhalten, sich bislang in dieser -für die betroffenen Menschen überlebenswichtigen- Angelegenheit recht halbherzig mit ihrem Koalitionspartner auseinandergesetzt hatte.

„Wenn die einhellig positive Meinung der wissenschaftlichen Fachwelt zum Thema heroingestützte Therapie von Teilen der regierenden Parteien derart schnöde übergangen wird, so kann JES dies nicht begrüßen“, stellt Mathias Häde für den Vorstand des Landesverbands dazu fest.

Ein schlichtes und selbstzufriedenes „Weiter so, wir liegen völlig richtig!“, denn dies schimmert durch den gesamten Text des aktuellen Drogenberichts, erscheint JES NRW demzufolge reichlich unangebracht.

*Landesverband JES NRW e.V. - 08.05.2007*



## **Die Linke: Jeder Drogentote ist einer zuviel**

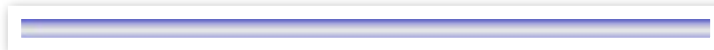
Zur Vorstellung des Drogenberichts durch die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Sabine Bätzing, erklärt die drogenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., Monika Knoche:

Sabine Bätzing redet die Ergebnisse ihrer Drogenpolitik schön. Jeder Drogentote ist einer zuviel! Die Drogenbeauftragte spricht davon, für schwerstabhängige Junkies ein Gesetz zur Heroin-Substitution auf den Weg bringen zu wollen. Dabei blendet sie aus, dass bis auf die CDU/CSU bereits alle Fraktionen ihre Zustimmung erteilt haben. Aber der SPD fehlt der Mut, das Gesetz am Widerstand der Christdemokraten vorbei umzusetzen. Deshalb können die wissenschaftlich begleiteten Modellprojekte, die die Wirksamkeit der Heroin-Substitution für Schwerstabhängige nachgewiesen haben, derzeit lediglich weitergeführt, aber nicht ausgebaut werden. Städte wie Berlin können so nicht in das Programm einsteigen.

Unter den Drogentoten stellen Aussiedler mit 10 Prozent die größte Gruppe. Sie sind damit überproportional betroffen. Die Bundesregierung hat es aber bislang nicht geschafft, diesem Betroffenenkreis wirkungsvolle Angebote zur Prävention oder Substitution anzubieten. Fehlenden Perspektiven führen die jungen Drogenabhängigen in einen Teufelskreis, in dem der Drogenkonsum zum Leben bestimmenden Inhalt wird.

Längst nicht alle Regionen Deutschlands verfügen über eine ausreichende Anzahl suchtmmedizinischer Einrichtungen, in denen zumindest eine Methadon-Substitution angeboten werden kann. DIE LINKE. fordert deshalb gesetzliche Schritte, um eine flächendeckende Substitutionstherapie sowohl mit Methadon als auch mit Morphin zu gewährleisten. Solange sich Sabine Bätzing von der eigenen Regierung über den Tisch ziehen lässt, bleibt sie eine machtlose Gehilfin.

*Die Linke - 07.05.2007*



## **Bundesregierung verweigert weiterhin eine nüchterne Analyse der deutschen Drogenpolitik**

Pressemitteilung von: Verein für Drogenpolitik e.V.  
Veröffentlicht am 11.05.2007 17:30:14

(openPR) - Bundesregierung verweigert weiterhin eine nüchterne Analyse der deutschen Drogenpolitik und offenbart damit die vorherrschende Doppelmoral in der deutschen Drogenpolitik!

Die Kleine Anfrage der PDS/WASG Fraktion zu den Repressionskosten der Cannabispolitik auf der einen Seite, und möglicher Steuereinnahmen bei einer Legalisierung von Cannabis auf der anderen Seite, wurde durch die Bundesregierung dahingehend beantwortet, dass die Kosten der Strafverfolgung nicht bekannt seien, und eine Legalisierung nicht in Betracht kommt, da für Cannabis keine „Unbedenklichkeitsbescheinigung“ vorliegt.

Dazu Dirk Rehahn, erster Vorsitzender von dem Verein für Drogenpolitik e.V.:  
„Wer nicht gewillt ist, die Repressionskosten zu ermitteln und in Bezug zu dem gesellschaftlichen Nutzen zu stellen, offenbart eindeutig, dass es ihm nicht um eine Schadensminimierung in der Drogenpolitik geht.“

Dass das Strafrecht keinerlei Auswirkungen auf das Konsumverhalten hat, dürften die Kriminalitätsstatistiken der letzten Jahre eindeutig belegen. Trotz zunehmendem Repressiondruck stiegen die Fallzahlen in den letzten Jahren bezüglich der Cannabisvergehen. Aus diesem Gesichtspunkt werden Jahr für Jahr Milliarden von Steuergeldern verbrannt, ohne das die Gesellschaft einen messbaren Nutzen davon hat.

Auch wenn es der Bundesregierung nicht möglich erscheint, die Kosten der Strafverfolgung genau zu beziffern, schätzen wir die Kosten der Strafverfolgung von Cannabiskonsumenten auf 5-8 Milliarden Euro pro Jahr.

Dirk Rehahn: „ Diese Gelder in Programme zur Sucht- und Abhängigkeitsprävention gesteckt, würde der Gesellschaft viel mehr nutzen als alle Strafverfolgung der Welt.“

Das „Argument“ gegen eine Legalisierung wegen einer „fehlenden“ „Unbedenklichkeitsbescheinigung“ für Cannabis ist im übrigen so griffig wie ein nasser Aal.

Dazu Theo Pütz von dem Verein für Drogenpolitik e.V.:

„Nüchtern betrachtet, wenn man diesem Argument folgt, müsste die Bundesregierung umgehend den Besitz von Alkohol und Nikotin unter Strafe stellen, da der aktuelle Drogenbericht der Bundesregierung eindeutig belegt, dass auch für Alkohol und Nikotin keine „Unbedenklichkeitsbescheinigung“ erteilt werden kann.“

Um dem offensichtlichen Missbrauch insbesondere bei Jugendlichen entgegenzuwirken, ist eine Legalisierung Grundvoraussetzung, da ausschließlich in einem kontrollierten Markt Jugendschutzbestimmungen greifen können.

Verein für Drogenpolitik e.V.  
1. Vorsitzender  
Dirk Rehahn  
Liselotte –Herrmann-Str. 31  
10407 Berlin  
Fon: 030/26079333  
Fax: 030/26079332  
[www.drogenpolitik.org](http://www.drogenpolitik.org)

## Meldungen der AIDS-Hilfen



Im Rahmen des Spritzenautomaten-Projektes in Nordrhein-Westfalen betreibt die Aids-Hilfe Bonn e.V. nun schon seit vielen Jahren einen Spritzenautomaten in der Bundesstadt Bonn.

Nach dem Umzug in die Rathausgasse wurde ein neuer Standort benötigt, den wir in Kooperation mit der Stadt Bonn (Gesundheitsamt, Liegenschaftsamt, Grünflächenamt, Friedhofsverwaltung) nach längerer Zeit der Planung in einer öffentlichen Grünfläche vor dem „Alten Friedhof“ fanden.

Seit Juli 2006 stellen wir stark steigende Abgabebeträge an diesem neuen Standort, nahe des sog. „Bonner Lochs“ fest. Der Automat wurde durch unsere Mitarbeiter 4 - 5 mal wöchentlich aufgefüllt.

Inzwischen musste der Automat aufgrund örtlicher und planungstechnischer Veränderungen um mehrere Meter versetzt werden. Nach dem ersten Einsetzen des Metallpfostens wurde dieser in der darauf folgenden Nacht gestohlen. Die Aids-Hilfe Bonn erstattete Anzeige bei der örtlichen Polizei.

Der zweite Versuch, einen neuen Pfosten aufzustellen scheiterte damit, dass dieser in der darauf folgenden Nacht mutwillig zerstört wurde. Auch hierüber ist die örtliche Polizeibehörde in Kenntnis gesetzt worden.

Nun wird es am Samstag, 5. Mai 2007, um 11.00 zum dritten Versuch kommen. Deshalb haben wir uns entschieden, eine konspirative "Grillfete" in der Nähe des Automaten stattfinden zu lassen, bei der das Trocknen des Schnellbetons durch zahlreiche EhrenamtlerInnen bewacht werden wird. Und zwar die ganze Nacht durch...

Wir möchten alle KollegInnen und FreundInnen bitten, uns bei dieser „Wachaktion“ aktiv zu unterstützen und hoffen damit, diesen wichtigen Automaten „zurück ins Leben“ zu holen.

Weitere Informationen bei Oliver Schubert unter 0228 94909-0.

Aids-Hilfe Bonn e.V. . Rathausgasse 6 . 53111 Bonn . 0228 94909-0 . Fax: -30 . [www.aids-hilfe-bonn.de](http://www.aids-hilfe-bonn.de)

## Übersicht der aktiven JES Gruppen in NRW

JES Wuppertal  
c/o Gleis 1  
Am Döppersberg 1  
42103 Wuppertal  
0202 47 868 43  
[jes-team-wuppertal@t-online.de](mailto:jes-team-wuppertal@t-online.de)

JES Hamm  
c/o Renate Schröder  
Mindener Weg 3  
59065 Hamm  
Tel. 02381 403087  
[jesrenate@yahoo.de](mailto:jesrenate@yahoo.de)

Junkiebund Köln e.V.  
Taunusstrasse 12b  
51105 Köln  
0221 - 622081  
[info@junkiebund.de](mailto:info@junkiebund.de)

JES Bonn  
c/o AIDS Initiative Bonn e.V.  
Berta von Suttner Platz 1-7  
53111 Bonn  
0228 - 422820  
[info@aids-initiative-bonn.de](mailto:info@aids-initiative-bonn.de)

JES Bielefeld e.V.  
c/o AIDS Hilfe Bielefeld  
Ehlentruperweg 45  
33604 Bielefeld  
0521 - 133388  
0521 - 9779614  
[info@jes-bielefeld.de](mailto:info@jes-bielefeld.de)

JES Münster  
c/o INDRO Münster  
Bremer Platz 18-20  
48155 Münster  
0251 - 60123

JES Minden  
c/o Dirk Engelking  
Süntelstr. 8  
32423 Minden  
0160-3239311

**Protest-, Aktions- und Trauertag**  
**21 Juli 2007**  
**Nationaler Gedenktag für verstorbene Drogenabhängige**

Unter der Schirmherrschaft von Elke Ferner MdB, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD im Deutschen Bundestag und Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, begehen wir im Jahr 2007 diesen Gedenktag. Initiiert von trauernden Eltern, die aufgrund der herrschenden festgefahrenen Drogenpolitik ihre Kinder verloren oder um das Leben ihrer Kinder fürchten, wurde der 21. Juli im Laufe der Jahre immer mehr auch zu einem Aktionstag gegen eben diese Politik.

Auch 2007 lenken wir, wie schon in den beiden vorangegangenen Jahren, das Augenmerk insbesondere auf das wichtige Thema Heroinvergabe.

Für uns sind sicherlich die folgenden Ergebnisse der Studie besonders wichtig:

- Die jährliche Sterberate der Teilnehmer ist von 8% auf 1% gesunken!
- Der Gesundheitszustand der Teilnehmer hat sich wesentlich verbessert!
- Das Infektionsrisiko der Teilnehmer mit Hep C, HIV u. a. sank deutlich!
- Die negativen Auswirkungen der Illegalität wie Beschaffungsstress und Angst fallen weg!

Doch nicht nur die Betroffenen werden von der ärztlichen Heroinbehandlung profitieren. Auch die positiven ökonomischen Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft sind unbestritten und Teil der Studienergebnisse.

Ein von Vertretern aller Oppositionsparteien erstellter Vorschlag zur Änderung des derzeit geltenden Betäubungsmittelgesetzes muss auf breiter Ebene politische Unterstützung finden und könnte dann auch einer größeren Zahl von Abhängigen Zugang zu dieser fachlich unumstritten wertvollen Alternative zu den klassischen Substitutionsbehandlungen eröffnen.

Auch der deutsche Städtetag hält ein ambulantes Therapieangebot für schwer Heroinabhängige für unabdingbar. Der bundesweite CDU-Arbeitnehmerflügel (CDA) fordert im Bundestag zum Thema Herointherapie eine Abstimmung ohne Fraktionszwang. Dann könnte jede/r Abgeordnete nach Gewissen und auf der Grundlage der wissenschaftlichen Ergebnisse abstimmen. Wir fordern neben der Aufhebung des Fraktionszwangs eine namentliche Abstimmung. Sollten sich die Abgeordneten des Deutschen Bundestages für dieses Abstimmungsverfahren entscheiden, dürfte der bundesweiten Zulassung von Diamorphin zur Suchttherapie nichts mehr im Wege stehen.

*„Wo Leben ist, da ist Hoffnung - und unser allererstes Ziel in der Drogenpolitik sollte darin bestehen, diese Hoffnung am Leben zu erhalten, indem wir die Abhängigen am Leben halten!“ -Heath Brook, Australien-*

Bundesverband der Eltern und Angehörigen für akzeptierende Drogenarbeit e.V.  
Landesverband der Eltern und Angehörigen für humane und akzeptierende Drogenarbeit NRW e.V.  
JES (Junkies - Ehemalige - Substituierte) Bundesweites Selbsthilfe Netzwerk - DAH Deutsche AIDS-Hilfe e.V.,  
DGS- Deutsche Gesellschaft für Suchtmedizin - AIDS-Hilfe NRW e.V- Landesverband JES NRW e.V.,  
. akzept e.V.- Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik  
Verantwortlich: Jürgen Heimchen, Ravensberger Str. 44, 42117 Wuppertal, Tel. 0202-423519

**Landesverband JES NRW**

Lindenstrasse 20  
50674 Köln  
0221 - 92599614  
[info@jesnrw.de](mailto:info@jesnrw.de)



**Kontakt für den Rundbrief**

Mathias Häde  
Kurze Strasse 25  
33613 Bielefeld  
0521 - 9779614  
[mhaede@jesnrw.de](mailto:mhaede@jesnrw.de)